

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

OTTO SCHILLER

Das Agrarproblem Asiens und der Kommunismus

Die Tatsache, daß Rußland das erste Land gewesen ist, in dem es den Anhängern der marxistischen Lehre gelungen ist, eine soziale Umwälzung großen Stiles herbeizuführen, hat uns gelehrt, daß entgegen der seinerzeit von Marx vertretenen Auffassung ein rückständiges Agrarland offenbar für die revolutionären Zielsetzungen des Kommunismus günstigere Voraussetzungen bietet als ein hochentwickelter Industriestaat. Der weitere Verlauf der geschichtlichen Ereignisse scheint diese Schlußfolgerung zu bestätigen. China, das zweite große Land,

in dem es gelungen ist, ein kommunistisches Regime von innen heraus zur Macht zu führen, war zur Zeit des Umschwunges ebenfalls ein Agrarland mit einer rückständigen Agrarverfassung. In einigen anderen Ländern, in denen der Kommunismus zur Macht gelangte, ist das neue Regime durch Einwirkung von außen eingesetzt worden, ein Vorgang, aus dem sich keine Rückschlüsse herleiten lassen, inwieweit die strukturellen Verhältnisse dieser Länder die Machtergreifung durch den Kommunismus begünstigt haben.

gen müßten nach kommunistischer Auffassung erzielbar sein, wenn man an die Stelle individualistischer Kleinbetriebe kollektivistische oder Staatliche Großbetriebe setzt und damit die technischen Mittel der Neuzeit in vollem Umfange zur Anwendung bringen kann.

Wenn das die Lehren sind, die man aus dem Ablauf der revolutionären Geschehnisse in Rußland und China ziehen kann, so ist es nicht verwunderlich, daß die Behandlung der Agrarfrage bei der im letzten Jahrzehnt erfolgten territorialen Ausweitung des kommunistischen Herrschaftsbereiches eine ganz hervorragende Rolle gespielt hat. Überall dort, wo der Kommunismus durch militärische Aktionen in neuen Gebieten Fuß gefaßt hat, war eine seiner ersten Maßnahmen auf den Umsturz der bestehenden ländlichen Sozialordnung gerichtet. Sowohl in den osteuropäischen Ländern als auch in Nord-

Die Agrarfrage im Revolutionsgeschehen

Für die Tatsache, daß ein Agrarland mit rückständiger Agrarverfassung für die Machtergreifung durch eine zu revolutionärem Handeln entschlossene kommunistische Partei günstige Voraussetzung bietet, lassen sich verschiedene Gründe anführen. Zunächst kann man feststellen, daß es im Moment der Machtergreifung nicht darauf ankommt, ob die Mehrheit der Bevölkerung des betreffenden Landes für den Kommunismus gewonnen ist oder durch ihre soziale Notlage leicht gewonnen werden kann, sondern es genügt, wenn die breiten Massen im entscheidenden Stadium der Konsolidierung des kommunistischen Regimes neutralisiert, d. h. von gegenrevolutionärem Handeln abgehalten werden können. In Agrarländern leben die breiten Massen von der Landwirtschaft. In Rußland gehörten bei Beginn der bolschewistischen Revolution über 80 Prozent der Bevölkerung zum Bauernstand, und in China lagen die Verhältnisse zur Zeit des revolutionären Umschwunges ähnlich. In beiden Ländern waren aber im Anfangsstadium des kommunistischen Regimes die Bauern, d. h. die breiten Massen der Bevölkerung, keineswegs Kommunisten, was im übrigen auch für die spätere Zeit, vielleicht sogar in verstärktem Maße gilt. Das ist verständlich, da ja die bäuerliche Lebensauffassung überall in der Welt durch einen ausgeprägten Besitzinstinkt und einen starken Individualismus ge-

kennzeichnet ist. In beiden Ländern waren jedoch durch versäumte oder verspätete Agrarreformen die sozialen Spannungen auf dem Lande so groß, daß es für die Kommunisten ein leichtes war, durch die längst fällige Beseitigung noch vorhandener Feudalzustände sich Sympathien bei der Landbevölkerung zu verschaffen und diese dadurch zunächst zu neutralisieren. Als dann in Rußland in einem späteren Stadium die ablehnende Haltung der Bauernschaft deutlich in Erscheinung trat, war das kommunistische Regime bereits hinreichend konsolidiert, um dieser, zeitweise allerdings bedrohlich werdenden, Gefahr begegnen zu können.

Als ein zweites Moment, das in rückständigen Agrarländern für kommunistische Zielsetzungen günstige Voraussetzungen schafft, ist die technische Rückständigkeit anzusehen, die für unentwickelte Kleinbauernländer kennzeichnend ist. Das marxistische Dogma, das den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen in kommunistisch regierten Ländern zugrunde liegt, geht aus von der materialistischen Geschichtsauffassung und von der Vorstellung, daß die moderne Technik zwangsläufig zur Großbetriebsform hinführe, die nach Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln die Einordnung aller Menschen in staatlich gelenkte Wirtschafts- und Sozialgebilde ermögliche. Je größer die technische Rückständigkeit, desto größere Wirkun-

korea und Nordvietnam hat man sofort nach der Einführung des kommunistischen Regimes eine radikale Bodenreform vorgenommen und den vorhandenen Großgrundbesitz entschädigungslos enteignet, wobei man im Grundsatz nach dem Muster der bolschewistischen Revolution vorgeht. Auch in der Sowjetzone Deutschlands ist man in dieser Weise vorgegangen, und selbst die in den ersten Nachkriegsjahren in Westdeutschland durchgeführten Maßnahmen der Bodenreform standen bekanntlich sehr stark unter dem Einfluß der im interalliierten Kontrollrat zusammengefaßten vier Besatzungsmächte, darunter auch der sowjetischen Besatzungsmacht.

INHALT DIESER BEILAGE

Otto Schiller

„Das Agrarsystem Asiens und der Kommunismus“

Ossip K. Flechtheim

„Großrussischer Imperialismus und weltrevolutionärer Bolchewismus“ (S. 638)

... „Kommunistische Untergrundarbeit in Deutschland“ (S. 643)

In allen Fällen wurde in den kommunistisch beherrschten Ländern die beabsichtigte Wirkung der Bodenreform, nämlich die Sympathien der Bauernbevölkerung im entscheidenden Stadium zu gewinnen, zunächst erreicht. Als man dann auch in diesen Ländern nach dem sowjetischen Beispiel den zweiten Schritt wagte und die Kol-

lektivierung der Landwirtschaft in die Wege leitete, zeigte sich, daß die Agrarfrage durch eine radikale Bodenreform noch keineswegs gelöst ist, sondern sich nun erst in aller Schärfe als eines der Hauptprobleme herausstellt, mit dem sich die kommunistischen Länder auseinandersetzen haben.

und den geringen Erträgen ergeben, nicht beseitigt.

Mängel der asiatischen Agrarzustände

Wenn man aus dieser Perspektive heraus die Agrarzustände in den nichtkommunistischen Ländern des asiatischen Kontinents betrachtet, so kommt man zu der Erkenntnis, daß diese Länder der Gefahr eines Vordringens des Kommunismus am stärksten ausgesetzt sind. Sowohl die noch bestehenden feudalen oder halbfeudalen Bestandteile einer mittelalterlichen Agrarverfassung, als auch die technische Rückständigkeit der kleinbäuerlichen Betriebe schaffen jene günstigen Voraussetzungen für eine revolutionäre Umwälzung nach kommunistischem Muster, wie sie eingangs geschildert wurden. Dazu kommt, daß maßgebliche Kreise der intelligenten Oberschicht in einigen dieser Länder überzeugte Sozialisten sind und daher mit gewissen Erscheinungsformen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kommunistischer Länder sympathisieren, wenn sie auch den Kommunismus als solchen grundsätzlich ablehnen.

Das Vordringen des kommunistischen Herrschaftssystems in Asien kann man vielleicht als

das bedeutsamste Ereignis des eben abgeschlossenen ersten Jahrzehnts der Nachkriegszeit bezeichnen. Erst dadurch ist die entscheidende Frage akut geworden, ob dem Kommunismus in Asien ein Damm gesetzt werden kann. Gelingt es dem Kommunismus, nachdem er sich bereits Chinas, Nordkoreas und Nordvietnams bemächtigt hat, auch die Menschenmassen der übrigen Länder Asiens in seinen Bann zu ziehen, so steht der Rest der Menschheit einem erdrückenden zahlenmäßigen Übergewicht des anderen Lagers gegenüber. Für die weitere Entwicklung würden sich daraus düstere Perspektiven ergeben. Bei den Menschenmassen Asiens handelt es sich zum überwiegenden Teil um eine agrarische Bevölkerung. Wie sich ihr künftiges Los gestaltet, hat daher für die Geschicke der Menschheit eine sehr wesentliche Bedeutung gewonnen. Es fragt sich demnach, was geschehen kann, um in diesen Ländern die Agrarfrage einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen, ehe es zu spät ist.

Die strukturellen Mängel der asiatischen Landwirtschaft sind aber auch dadurch bedingt, daß es sich zum großen Teil um Gebiete handelt, die agrarisch überbevölkert sind und in denen Landnot besteht. Daneben stehen zwar dünn besiedelte Gebiete mit großem Landvorrat, wie etwa im Vorderen Orient, aber es handelt sich dabei zum großen Teil um unkultivierte Flächen, so daß das Gesamtbild der agrarischen Überbevölkerung im asiatischen Kontinent dadurch nur wenig verändert wird. Tatsächlich ist das Agrarproblem der asiatischen Länder zum großen Teil ein Bevölkerungsproblem. Agrarreformpläne, wie sie auch immer beschaffen sein mögen, können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß zu viele Menschen pro Flächeneinheit vorhanden sind.

Im Wachstumsprozeß der Weltbevölkerung fällt der Landwirtschaft die undankbare Aufgabe zu, als Reservoir für den periodisch sich bildenden Menschenüberschuß zu dienen. Wir haben ähnliche Vorgänge in früheren Zeitabschnitten auch bei uns in Deutschland beobachtet. Diese Vorgänge haben aber bei uns deswegen nicht zu einer ständigen Verschlechterung der Lebensbedingungen in der Landwirtschaft geführt, weil einmal durch Auswanderung und dann durch Industrialisierung und Verstädterung der auf dem Lande sich stauende Menschenüberschuß immer wieder abgesogen wurde. In den asiatischen Ländern fehlt heute das Ventil der Auswanderung fast völlig. Daher auch ihre Unzufriedenheit über Einwanderungsbeschränkungen anderer Länder, wie etwa Australiens oder Südafrikas. Die inneren Wanderungsprozesse kommen zwar durch eine langsam fortschreitende Industrialisierung allmählich in Gang, sind aber bei weitem nicht stark genug, um den ländlichen Bevölkerungsdruck fühlbar zu mildern.

Die biologischen Auswirkungen der Industrialisierung und Verstädterung, die wir bei den europäischen Völkern mit besonderer Deutlichkeit beobachten können, treten allmählich auch in den asiatischen Ländern in Erscheinung. Das durchschnittliche Heiratsalter z. B. steigt langsam an, wozu in Indien auch die Abschaffung der Kinderehe beiträgt, während die Zahl der pro Familie geborenen Kinder langsam zurückgeht. Da aber die Sterblichkeit, insbesondere die Kindersterblichkeit, durch die Fortschritte der Hygiene bisher in einem schnelleren Tempo sich vermindert, bleibt immer noch im Endergebnis nicht nur eine Zunahme der Bevölkerung, sondern auch eine steigende Zuwachquote bestehen. Für die nächste Zukunft ist eher mit einer Zunahme als mit einer Milderung des agrarischen Bevölkerungsdruckes zu rechnen, was für den Kommunismus eine Chance bedeutet. Soweit das Agrarproblem der asiatischen Länder ein Problem der Überbevölkerung ist, kann es aber durch isolierte Agrarmaßnahmen nicht gelöst werden, sondern nur durch Weiterentwicklung der Gesamtwirtschaft und sinnvolle Bevölkerungspolitik.

Notwendigkeit der Bodenreform

Zweifellos weist die Agrarverfassung der asiatischen Länder in ihrem heutigen Zustand Schwächen und Mängel auf, die dem Kommunismus entscheidende Trümpfe in die Hand geben. Die Beseitigung teilweise noch bestehender traditioneller Feudalzustände durch eine sinnvolle Bodenreform ist daher ein dringendes Erfordernis. Im November 1954 hat in Bangkok eine von der landwirtschaftlichen Organisation der Vereinten Nationen veranstaltete internationale Agrarkonferenz stattgefunden, in der von den Delegierten der verschiedenen asiatischen Länder über den Stand der Bodenreform berichtet wurde und die notwendigen Maßnahmen beraten wurden, die in den einzelnen Ländern zu einer Reform der ländlichen Besitzverhältnisse führen können.

Indien ist auf diesem Wege schon ziemlich weit vorangeschritten, da in allen indischen Teilstaaten die Gesetzgebung über die Bodenreform ungefähr abgeschlossen ist. Das System der Zwischenpächter, eines der größten Übel der bisherigen Agrarverfassung, ist fast vollständig beseitigt worden. Die praktische Durchführung der eigentlichen Besitzreform steckt allerdings noch in den Anfängen, da in vielen Fällen auch die Entschädigungsfrage ein wesentliches Hindernis für eine rasche Verwirklichung der Reformpläne darstellt. In Pakistan ist dagegen noch kaum etwas geschehen, zumal der politische Einfluß der grundbesitzenden Schicht hemmend wirkt. Die maßgebenden Männer sind sich aber auch hier darüber im klaren,

daß eine Bodenreform aus politischen und sozialen Gründen eine unbedingte Notwendigkeit ist, und die Tagung in Bangkok hat einen neuen Anstoß in dieser Richtung gegeben.

Halbfeudale Agrarzustände stellen geradezu eine Herausforderung für den Kommunismus dar, dort den Hebel anzusetzen, wo er mit Recht am ehesten einen Erfolg erwarten kann. Aber auch dann, wenn eine Bodenreform mit letzter Konsequenz durchgeführt würde, wäre damit dem Kommunismus ein wichtiger Trumpf aus der Hand geschlagen, die Agrarfrage als solche wäre jedoch damit auch noch nicht gelöst. Es ist zu berücksichtigen, daß in den asiatischen Ländern das Land der Großgrundbesitzer oft nicht in Großbetrieben bewirtschaftet wird, sondern an kleine Pächter vergeben ist. Diese könnten wohl durch eine Bodenreform zu Eigentümern gemacht werden, ohne daß damit jedoch Land für die landhungrigen Massen gewonnen würde. Maßnahmen der Bodenreform, so wichtig und notwendig sie sind, stellen allein noch keine befriedigende Lösung der Agrarfrage dar. Sie würden zwar die sozialen Verhältnisse erheblich verbessern und außerdem in der politischen Frontstellung gegenüber dem Kommunismus die bedrohlichste Schwäche der Position beseitigen. Für die materielle Lage der kleinbäuerlichen Massen kann eine Bodenreform aber doch nur eine begrenzte Wirkung haben, da sie die strukturellen Mängel der Landwirtschaft, die sich aus der Kleinheit und Kapitalarmut der Betriebe, der Bodenzersplitterung

An dieser Tatsache ändert sich auch nichts, wenn die Agrarstruktur nach kommunistischem Muster verändert wird, wie es heute in China der Fall ist. Es ist verwunderlich, daß man im kommunistischen China den Versuch unternimmt, das Agrarproblem durch ein getreuliches Kopieren des sowjetrussischen Vorbildes zu lösen, obwohl auch hier die Voraussetzungen ganz anders gelagert sind als seinerzeit bei Beginn der Kollektivierung in der Sowjetunion. Es ist anzunehmen, daß dieser Weg in China nicht zum Ziele führen wird, und daß die Chinesen als geistig hochstehendes Volk eine eigene Lösung des Agrarproblems finden werden, die für ihr Land besser geeignet ist als das, was die Sowjets im russischen Raum entwickelt haben.

Aber das Beispiel Chinas zeigt auch, daß es im entscheidenden Moment revolutionärer Umwälzungen nicht darauf ankommt, welche wirtschaftlichen Perspektiven sich für die großen Massen der Agrarbevölkerung dann ergeben, wenn man den Weg beschreitet, der durch die Sowjets vorgezeichnet ist. Solange die agrar-

rischen Zustände in den asiatischen Ländern so unbefriedigt sind, wie es gegenwärtig der Fall ist, muß man damit rechnen, daß sie für das Vordringen kommunistischer Ideen anfällig bleiben, auch wenn in den Kreisen der Intelligenz sich die Einsicht durchsetzt, daß das Agrarproblem nicht nach sowjetischem Muster gelöst werden kann.

Die agrarische Überbevölkerung führt zwangsläufig zu einem sozialen Notstand breiter Massen der Agrarbevölkerung. Der Notstand könnte zwar durch ein kommunistisches Agrarsystem auch nicht behoben werden, aber er schafft einen geeigneten Nährboden für die Infiltration kommunistischer Ideen. Die in den asiatischen Ländern häufig vertretene Auffassung, daß dort, wo der religiöse Glaube in den breiten Massen in starkem Maße verankert ist, dem Kommunismus ein unüberwindlicher Damm gesetzt sei, dürfte kaum zu Recht bestehen, wenn man berücksichtigt, daß überall in der Welt Not und Elend die Menschen, unabhängig von ihrer Religion, für kommunistische Ideen zugänglich macht.

Rückständigkeit der agrarischen Produktionstechnik

Hinzu kommt, daß die technische Rückständigkeit der großen Masse kleiner Agrarproduzenten und die unzureichenden Erträge der Kleinbetriebe für die kommunistische Propaganda eine weitere große Chance darstellen, die gewöhnlich übersehen wird. Hat doch der Kommunismus inzwischen in seinem gepriesenen Musterland, nämlich in der Sowjetunion, ein neues Agrarsystem entwickelt, das er zur Beseitigung dieses Übelstandes anpreist. Er wendet sich dabei nicht an die breiten Massen der Agrarbevölkerung, sondern an deren intelligente Führungsschicht. Es ist unverkennbar, daß die propagandistische Ausstrahlung des sowjetischen Agrarsystems nicht ohne Wirkung bleibt. Die Propaganda kann auf die äußeren Merkmale dieses neuen Agrarsystems hinweisen, die durch eine moderne Maschinenteknik, zwangsweise eingeführte fortschrittliche Agrarmethoden, neue Zuchtsorten, Riesenprojekte der Neulandgewinnung und Bewässerung usw., gekennzeichnet sind. Die Kehrseite der Medaille, das niedrige Lebenshaltungsniveau der breiten Masse der sowjetischen Agrarbevölkerung und die naturgegebenen Mängel und

Schwächen einer bürokratisierten Landwirtschaft, bleiben dem Außenstehenden verborgen, zumal jede authentische und zuverlässige Angabe hierüber sorgfältig vermieden wird.

Die in Moskau mit großen Mitteln aufgebaute landwirtschaftliche Dauerausstellung, die auch von maßgebenden Vertretern der asiatischen Länder besucht wird, bietet den Sowjets eine ausgezeichnete Gelegenheit, in der erwähnten Richtung propagandistisch zu wirken. Für diejenigen, die sich in den nichtkommunistischen asiatischen Ländern für die Hebung des agrarischen Produktionsniveaus verantwortlich fühlen, muß das Beispiel der Sowjetunion alarmierend wirken. Dieses Land, das in der vorkommunistischen Zeit durch die gleiche Rückständigkeit der agrarischen Produktionstechnik gekennzeichnet war, die gegenwärtig für die asiatischen Länder typisch ist, weist heute die äußeren Merkmale einer hochmodernen, in mechanisierten Großbetrieben arbeitenden Agrarwirtschaft auf. Dieses Beispiel nachzuahmen, ohne dabei die dortigen totalitären Herrschaftsmethoden anzuwenden, die man gefühlsmäßig ablehnt, erscheint verlockend.

Das Problem der genossenschaftlichen Landbewirtschaftung

Es ist daher nicht verwunderlich, daß in manchen asiatischen Ländern auch der Gedanke Raum gewonnen hat, ob man nicht mit ähnlichen Methoden zum Ziel gelangen könne, wie sie in der Sowjetunion zur Anwendung gekommen sind und neuerdings auch im kommunistischen China Eingang finden. Man glaubt, daß eine Gemeinschaftsnutzung des Landes, wie sie in der Sowjetunion auf der Grundlage des Kolchossystems eingeführt wurde, auch auf einer echten genossenschaftlichen Basis, d. h. durch

freiwilligen Zusammenschluß kleinbäuerlicher Betriebe herbeigeführt werden könnte und den Übergang zu fortschrittlichen Produktionsmethoden ermöglichen würde. Man glaubt, daß dabei auch der Grundsatz des Privateigentums am Grund und Boden aufrechterhalten werden könne, wenn man dafür sorgt, daß der individuelle bäuerliche Landbesitz auch nach dem Zusammenschluß zu landwirtschaftlichen Großbetrieben wenigstens als Besitztitel erhalten bleibt und bei der Verteilung des im Gemein-

schaftsbetrieb erzielten Reinertrages berücksichtigt wird.

Es ist bezeichnend, daß z. B. in Indien seit einigen Jahren systematische Versuche mit genossenschaftlicher Landbewirtschaftung im Gange sind. Nach einer Erhebung der FAO waren dort im Jahre 1951 etwa 300 landwirtschaftliche Genossenschaftsbetriebe vorhanden, die rund 35 000 ha bewirtschafteten. Darunter befanden sich 220 Gemeinschaftsbetriebe, bei denen nur das Land vergesellschaftet ist und der Eigentumsanspruch des einzelnen Mitgliedes bei der Ertragsverteilung berücksichtigt wird, während die restlichen 80 reine Kollektivbetriebe darstellen, bei denen außer dem Land auch die anderen Produktionsmittel vergesellschaftet sind und die Ertragsverteilung lediglich nach der geleisteten Arbeit erfolgt. Die indische Regierung hat es bisher vermieden, offizielle Angaben über die Ergebnisse dieser genossenschaftlichen Experimente zu machen, indem sie darauf hinweist, daß noch nicht genügend Erfahrungen vorliegen, um etwas Abschließendes sagen zu können.

Es ist bezeichnend, daß es sich bei den indischen Genossenschaftsbetrieben in der Mehrzahl der Fälle um Neusiedlungen handelt, in denen eine Gruppe von Menschen von vornherein in der genossenschaftlichen Organisationsform zur Bewirtschaftung bestimmter Ländereien angesetzt wurde. Es sind also z. B. Flüchtlingsbauern aus Pakistan, denen zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung Ländereien zugewiesen wurden, die früher den nach Pakistan emigrierten Mohammedanern gehörten. Solche genossenschaftlichen Experimente sind jedoch nicht als ein Beitrag zu dem eigentlichen Problem anzusehen, ob es in den alten Dörfern möglich ist, durch genossenschaftlichen Zusammenschluß der Bauern zu modernen Produktionsformen überzugehen. Für eine Beantwortung dieser Frage lassen sich in Indien kaum praktische Beispiele anführen.

Dasselbe gilt von Pakistan. Auch dort ist seit einigen Jahren von genossenschaftlicher Landbewirtschaftung die Rede. Aber auch hier hat man sich damit begnügen müssen, in Neusiedlungen ein System einzuführen, das man als genossenschaftliche Landbewirtschaftung bezeichnet. So sind z. B. Flüchtlingsbauern aus Indien auf Staatsländereien in der Weise genossenschaftlich angesiedelt worden, daß man das Land an die Genossenschaft verpachtete, die es dann an die Siedler zur individuellen Bewirtschaftung weiterverpachtete. Es gibt in Pakistan gegenwärtig etwa 200 sog. landwirtschaftliche Genossenschaftsbetriebe, bei denen man aber bei näherem Zusehen feststellen muß, daß sie diesen Namen eigentlich zu Unrecht führen, insofern nämlich, als sich die Landbewirtschaftung in kleinen Einzelbetrieben in der üblichen Form vollzieht, wobei sich auch die Produktionstechnik kaum von derjenigen anderer Kleinbetriebe unterscheidet.

Offenbar sind die Sympathien, die der Gedanke der genossenschaftlichen Landbewirtschaftung in gewissen Intelligenzkreisen jener

Länder findet, durch eine Reihe von Trugschlüssen bedingt. Es ist z. B. ein Irrtum, anzunehmen, daß durch den Übergang zur genossenschaftlichen Landbewirtschaftung der ländliche Bevölkerungsdruck sich vermindern würde. Er wird sich im Gegenteil vielleicht noch stärker fühlbar machen, weil der Arbeitskräftebedarf pro Flächeneinheit in einem großen Genossenschaftsbetrieb geringer sein würde als in einer Vielzahl von Kleinbetrieben. Ein anderer Trugschluß besteht darin, anzunehmen, daß man nur durch die Gemeinschaftsnutzung des Landes die Arbeitskräfte freisetzen könnte, die es ermöglichen, die Industrialisierung in stärkerem Maße vorwärtszutreiben. Insofern liegen die Verhältnisse in den überbevölkerten asiatischen Ländern Joch wesentlich anders als seinerzeit in der Sowjetunion. Der Menschenüberschuß auf dem Lande ist so groß, daß auf lange Jahre hinaus jeder denkbare Arbeitskräftebedarf der gewerblichen Wirtschaft aus diesem Reservoir gedeckt werden könnte, ohne daß die Notwendigkeit besteht, künstlich durch eine Veränderung der Agrarstruktur Arbeitskräfte freizusetzen.

Es wird gewöhnlich als eine feststehende These angesehen, daß die Sowjets seinerzeit ihr großes Industrialisierungsprogramm nur durchführen konnten, weil sie gleichzeitig durch die Kollektivierung der Landwirtschaft die dafür notwendigen Arbeitskräfte freigesetzt haben. Es ist jedoch nicht einzusehen, warum nicht auch eine bäuerlich strukturierte Landwirtschaft befähigt sein sollte, Arbeitskräfte an die Industrie abzugeben, wenn sich dort günstige Erwerbsmöglichkeiten bieten. Ein allmähliches Absaugen des Menschenüberschusses aus einer bäuerlichen Landwirtschaft zum gewerblich-industriellen Bereich hinüber hat sich in früheren Zeitabschnitten in Deutschland und anderen Ländern beobachten lassen. Auch im zaristi-

schon Rußland haben seinerzeit die überbevölkerten Agrargebiete der westlichen Gouvernements in großem Umfange Menschen abgegeben, als sich günstige Erwerbsmöglichkeiten in den östlichen Kolonisationsgebieten boten, und die Ansiedlung in jenen Gebieten staatlicherseits entsprechend gefördert wurde. Werden aus einer bäuerlichen Landwirtschaft Menschenkräfte abgesogen, so kann das u. U. zu günstigen strukturellen Veränderungen führen, indem die nicht lebensfähigen Betriebe aufgegeben werden, der Übergang zu größeren Betriebseinheiten gefördert wird und die Betriebe veranlaßt werden, durch verstärkten Maschineneinsatz usw. zu rationelleren Produktionsmethoden überzugehen. Auch in den asiatischen Ländern könnte eine fortschreitende Industrialisierung solche Wirkungen hervorrufen, ohne daß sie der Industrialisierung zuliebe ihre bäuerliche Struktur aufzugeben brauchten.

Ein weit verbreiteter Irrtum besteht auch darin, daß man glaubt, fortschrittliche Produktionsmethoden in der Landwirtschaft seien gleichbedeutend mit dem Einsatz moderner Landmaschinen und dem Vorhandensein großer Flächen, die einen solchen Einsatz ermöglichen. Es liegt aber auf der Hand, daß z. B. in einem Lande wie Indien mit seinem großen Menschenüberschuß der Einsatz von Maschinen für den Fortschritt der Landwirtschaft keine entscheidende Bedeutung hat. Worauf es ankommt, ist eine Intensivierung und Vervielfältigung der landwirtschaftlichen Produktion, um die auf dem Lande vorhandenen Menschen möglichst produktiv zum Einsatz zu bringen und von der vorhandenen Fläche möglichst viel herauszuholen. Mechanische Hilfsmittel können dabei sehr nützlich sein, aber es kommt ihnen keine entscheidende Bedeutung zu, wie etwa in den Vereinigten Staaten.

Genossenschaftliche Förderung selbständiger Kleinbauern

Eine ausreichende Wasserversorgung, die Einführung von verbessertem Saatgut, die Anwendung von künstlichen Düngemitteln, die Verbesserung der Fruchtfolge, eine wirksame Schädlingsbekämpfung usw. sind diejenigen Maßnahmen, die unter den dortigen Verhältnissen in erster Linie einen Fortschritt der Landwirtschaft herbeiführen können. Will man auf diesem Wege rasch vorwärtskommen, so wird allerdings die Anwendung des genossenschaftlichen Organisationsprinzips eine ganz hervorragende Rolle zu spielen haben. Man sollte aber dabei an die genossenschaftliche Förderung selbständiger kleinbäuerlicher Betriebe denken und nicht an Produktionsgenossenschaften nach sowjetischem Muster. Auch dann nämlich, wenn in sog. Produktionsgenossenschaften das Privateigentum am Grund und Boden als Besitztitel aufrechterhalten wird — wie das formell ja auch in der Sowjetzone Deutschlands der Fall ist — führt der Gemeinschaftsbetrieb zwangsläufig zu einem Nachlassen des persönlichen Interesses und zu einem Erlahmen der Privatinitiative mit

allen sich daraus ergebenden nachteiligen wirtschaftlichen Konsequenzen. Was man bei der Gemeinschaftsnutzung des Landes vielleicht auf der einen Seite dadurch gewinnt, daß man sich alle technischen Möglichkeiten der Großbetriebsform zunutze machen kann, verliert man auf der anderen Seite durch die negativen Wirkungen im menschlichen Bereich.

Ein weiteres ernstliches Hindernis auf dem Wege zu einer Steigerung der Flächenerträge ist das niedrige Bildungsniveau der ländlichen Bevölkerung. Wenn die Japaner in der Intensivierung und Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion den meisten anderen asiatischen Ländern weit voraus geeilt sind, dann verdanken sie diesen Fortschritt nicht zum wenigsten dem Umstand, daß sie bereits Ende des vorigen Jahrhunderts die allgemeine Schulpflicht eingeführt haben. In den südasiatischen Ländern sind auch heute noch etwa 90 Prozent der Bauern Analphabeten. Erst jetzt sind auch hier die entscheidenden Schritte für die Einführung einer allgemeinen Schulausbildung ge-

tan worden. Bis zur Beseitigung des Analphabetentums wird es aber noch mindestens eine Generation dauern. Es ist infolgedessen auch sehr schwierig, mit den üblichen Methoden der Aufklärung und Beratung an den asiatischen Bauern heranzukommen. Andererseits zeigt sich, daß bei systematischer Führung und energischer Hilfestellung von seiten des Staates auch der analphabetische Kleinbauer durchaus für fortschrittliche landwirtschaftliche Produktionsmethoden gewonnen werden kann.

Allerdings kann dieser Erfolg nur dann erreicht werden, wenn bei den betreffenden Bauern auch wirklich der Wille zum Fortschritt und die Bereitschaft vorhanden ist, durch erhöhte Arbeitsleistungen sich ihr materielles Los zu verbessern. Das ist durchaus nicht überall der Fall. Als Europäer sind wir leicht geneigt, den Erwerbssinn, der für uns typisch ist, und der sich als Motor unseres Wirtschaftslebens bewährt hat, auch bei anderen Menschen als selbstverständlich vorauszusetzen. Es gibt aber Lebensauffassungen, denen das Streben nach materiellen Gütern und eine Verbesserung der Lebenshaltung völlig fremd ist. Es ist sicher, daß solche Auffassungen ein hohes sittliches Niveau kennzeichnen können, aber zweifellos stellen sie für die Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts ein ernstliches Hindernis dar.

Da es sich in den asiatischen Ländern in der großen Masse um kleinbäuerliche Betriebe handelt, scheint es naheliegend, daß man sich für eine Hebung des Produktionsniveaus in erster Linie genossenschaftlicher Mittel bedienen muß. Wenn die diesbezüglichen Überlegungen mancher maßgebender Männer bisher durch das sowjetische Beispiel in eine falsche Richtung gelenkt wurden, dann sollte es möglich sein, dem einen neuen konstruktiven Genossenschaftsplan entgegenzustellen, der auf den echten und bewährten genossenschaftlichen Grundsätzen des Westens beruht. D. h. es müßte aufgezeigt werden, welche Möglichkeiten bestehen, durch genossenschaftliche Mittel die Produktionstechnik und die Erträge der kleinbäuerlichen Betriebe zu verbessern, ohne daß sie ihre Selbständigkeit aufgeben, ohne daß das Privateigentum am Grund und Boden beeinträchtigt wird, und ohne daß die Privatinitiative des kleinen Landwirts zum Erliegen kommt. Man sollte dabei von dem Grundsatz ausgehen, daß nur diejenigen Betriebsfunktionen, die in den engen Grenzen des kleinen Einzelbetriebes nicht vollzogen werden können oder über die intellektuellen Fähigkeiten des Kleinbauern hinausgehen, der Genossenschaft zu übertragen sind, während alle übrigen Funktionen, also auch die eigentliche Feldarbeit und die Viehhaltung, in der Hand des selbständigen Einzelbetriebes zu verbleiben haben.

Wenn man die Vorteile der Großbetriebsform auch dem Kleinlandwirt zugänglich machen will, dann braucht man nicht unbedingt nur an die Großflächenbewirtschaftung zu denken. Es gibt eine ganze Reihe von Funktionen des Großbetriebes, wie die betriebswirtschaft-

liche Planung, die Finanzierung, die Nutzung von Grobinventar, der Bezug und Absatz im großen, die man in ähnlicher Weise und mit ähnlichem Erfolg bei einem genossenschaftlichen Zusammenschluß auch für den kleinen Bauern anwenden kann, ohne daß dieser seine Selbstständigkeit aufgibt. Selbst im Feldbau können einige Vorteile der Großflächenbewirtschaftung auch dem Kleinbetrieb zugute kommen, wenn eine zweckmäßige Flurordnung eingeführt wird und auf genossenschaftlicher Basis einzelne Anbaumaßnahmen aufeinander abgestimmt wer-

den. Nur durch den genossenschaftlichen Zusammenschluß selbständiger Kleinbetriebe zu größeren organisatorischen Einheiten lassen sich die Voraussetzungen schaffen zu einem systematischen Vorgehen bei der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und für ein rasches Herantragen der agrartechnischen Errungenschaften an den kleinen Einzelbetrieb. Ein Reformplan dieser Art ist von der pakistanischen Regierung angenommen worden und in diesem Jahre in einigen Beispieldörfern der Provinz Punjab zum Anlaufen gekommen.

Es genügt aber nicht, wenn sie zu der Erkenntnis kommen, daß der dort beschrittene Weg nicht zum Ziele führt, sondern es kommt darauf an, daß sie aus ihrer eigenen Gedankenwelt heraus, und unterstützt durch einen geistigen Beitrag des Westens, — die konstruktiven Ideen entwickeln, die zu einer allmählichen Lösung ihrer brennenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme führen können. In den vorstehenden Ausführungen sollte an dem Beispiel der Agrarfrage dargelegt werden, wie etwa eine solche konstruktive Lösung auf einem wichtigen Teilgebiet aussehen könnte. Die Genossenschaftsidee des Westens, die auf einem ganz anderen ideologischen Fundament basiert als der Agrarkollektivismus des Ostens, und die im übrigen in manchen traditionellen Gemeinschaftsformen des indischen Kleinbauertums gewisse Parallelen findet, könnte z. B. geeignet sein, zumindest zur Lösung von Teilproblemen einen wesentlichen Beitrag zu leisten.

Bisher liegt die Hilfe, die vom Westen den unentwickelten Ländern Asiens für ihren Aufbau gewährt wird, im wesentlichen auf technischem, organisatorischem und militärischem Gebiet. Die Frage, ob diese Länder dereinst dem Kommunismus anheimfallen oder nicht, wird aller Voraussicht nach nicht mit militärischen Mitteln, sondern auf dem geistig-ideologischen Felde entschieden werden. Die Mittel, die heute in der westlichen Welt für die Stärkung der ideologischen Rüstung aufgewendet werden, stehen aber in keinem Verhältnis zu dem, was für die militärische Rüstung getan wird. Hier liegen zweifellos noch große ungelöste, und zum Teil sogar noch unerkannte Aufgaben für die westliche Welt und ihre geistigen und ideologischen Führungskräfte. Deutschland, das durch seine Zweiteilung beide Welten auf eigenem Boden repräsentiert, hat besondere Veranlassung, sich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen und die geistigen und moralischen Kräfte zu mobilisieren, die dazu beitragen können, daß die westliche Welt in der ideologischen Auseinandersetzung das Feld behauptet.

Notwendigkeit geistig-ideologischer Gegenwirkung

Die geistige Auseinandersetzung mit der kommunistischen Welt ist in ein neues Stadium gerückt. Die Erkenntnis setzt sich durch, daß im Zeitalter der Atomwaffen der Gedanke an die Unvermeidlichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung überholt ist, und daß auch der Kalte Krieg nicht zu einem Dauerzustand werden darf. Die beiden sich gegenüberstehenden Welten, Ost und West, kommen in eine engere Berührung. Damit ergeben sich aber auch neue große Aufgaben für alle diejenigen, die in der geistigen und ideologischen Auseinandersetzung zwischen den beiden Welten beteiligt sind.

Es ist anzunehmen, daß wir durch die sich anbahnende engere Berührung der beiden Welten in ein neues Stadium der Entwicklung eintreten. Der Westen hat aber nur dann eine Chance, sich dabei auf dem ideologischen Gebiet zu behaupten und bei einer neuen Form der Koexistenz nicht den Kürzeren zu ziehen, wenn von vornherein dafür gesorgt wird, daß die ideologischen Ausstrahlungen nicht nur in einer Richtung, nämlich von Ost nach West, wirksam sind, sondern in beiden Richtungen, und außerdem erreicht wird, daß für die beiden Koexistenzpartner gleiche Bedingungen gelten.

Es scheint notwendig, bei der geistigen Auseinandersetzung mit der kommunistischen Welt in gewisser Weise umzudenken und sich nicht allein von den Begriffskategorien des Kalten

Krieges leiten zu lassen. Es genügt heute auch nicht mehr, durch wissenschaftliche Arbeit das Herrschaftssystem des Ostens und die Besonderheiten seiner Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu studieren und dabei auch seine Fehler und Schwächen aufzuzeigen. Eine solche defensive Haltung führt weder bei uns noch in den nichtkommunistischen asiatischen Ländern, die heute an einer entscheidenden Stelle der ideologischen Auseinandersetzung stehen, zum Ziele. Es genügt nicht, wenn wir den Parolen des Ostens nichts anderes entgegenzusetzen haben als den Willen, die überkommenen Formen der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu erhalten. Es ist notwendig, daß die nichtkommunistische Welt die geistigen und sittlichen Kräfte aufbringt, um in konstruktiver Arbeit die Formen unseres Soziallebens weiterzuentwickeln und hierfür ein solides ideologisches Fundament zu schaffen.

Unter den nichtkommunistischen Ländern Asiens nimmt Indien heute — sowohl seiner Bevölkerungszahl als auch seiner geistigen und politischen Bedeutung nach — eine Schlüsselstellung ein. Seine führenden Männer sind von einem starken Fortschrittswillen beseelt. Der Kontakt mit den Nachbarn jenseits der Berge, dem Sowjetreich und dem kommunistischen China, liefert ihnen Stoff genug zum Nachdenken über soziale Probleme.

OSSIP K. FLECHTHEIM

Großrussischer Imperialismus und weltrevolutionärer Bolschewismus

Vortrag von Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim, gehalten in der Deutschen Hochschule für Politik am 30. Mai 1956 in der Sondervorlesungsreihe „Probleme der Weltpolitik“.

Winston Churchill hat einmal das bolschewistische Rußland mit einem Rätsel verglichen, das von einem Mysterium umgeben sei. In der Tat hat es ja nach 1945 eine Zeit gegeben, wo der Eiserne Vorhang — ein Begriff, der auch von Churchill geprägt worden ist — so undurchdringlich zu sein schien, daß selbst die größten Fachleute das Dunkel, das sich damals über das Riesenreich gelegt hatte, nicht mehr zu durchdringen vermochten. Seitdem hat jedoch der Nebel, der alles zu verhüllen schien, begonnen, sich wieder zu lichten. Wir sollten also heute besser imstande sein, die im Halbdunkel verschwindenden Schatten zu erkennen, als es noch vor ein paar Jahren möglich war. Dennoch besteht auch heute noch eine der größten Schwierigkeiten bei der Erfassung des Bolschewismus darin, daß wir es hier mit einem Phänomen zu tun haben, das trotz aller Konsolidierung stets im Fluß gewesen und auch heute noch in einem dauernden Wandel begriffen ist.

Vergessen wir aber nicht, daß Rußland nicht erst seit 1945 oder seit 1917 dem fremden Beobachter immer neue Rätsel aufgegeben hat. Schon im 19. Jahrhundert, ja fast seit Beginn der Neuzeit, erschien Rußland immer wieder als die große Sphinx, die Europa als unlösbares Rätsel sich selber aufgab. Wie die Sphinx mit ihrem Löwenleib und ihrem Menschenkopf selber einen unerklärlichen Gegensatz verkörpert, so ist auch Rußland selbst rätselhaft geblieben, weil es, wie vielleicht kein anderes Land, das Land der Gegensätze war, die immer neue Gestalt anzunehmen schienen. Diese Gegensätze hat niemand ausgeklügelt; sie sind einem langen geschichtlichen Werdegang entwachsen, der selber nur als eine Häufung von Widersprüchen verstanden werden kann, von Widersprüchen, die bis auf den heutigen Tag ungelöst geblieben sind.

So haben sich die Gesichtszüge, die sich dem russischen Volke aufgeprägt haben und die insgesamt das ergeben, was man vielleicht als den Nationalcharakter eines Volkes bezeichnen kann, als Ergebnis der Vergangenheit Rußlands unmöglich zu einer klassischen Harmonie formen können. Vielmehr werden sie von dem Leiden des Widerstreits und der Leidenschaft des Widerspruchs geformt.

Die russische Geschichte ist die stets wechselnde Kombination, in der der russische Mensch und die russische Erde zusammenwirken und in Beziehung treten zu fremden Ländern und Völkern. Als in diesem Entwicklungsgang stets wiederkehrende Faktoren erscheinen dabei vor allem die gewaltsamen Eingriffe fremder, insbesondere orientalischer, Völker in das innerrussische Leben sowie die erzwungenen Versuche Rußlands selber, sich dem Okzident anzupassen. In dieser Fülle der historischen Variablen fallen daneben als eine Art von Konstanten, die schon am Beginn russischer Geschichte die gesamte zukünftige Entwicklung mitbestimmen, die geographische und die klimatische Determinante auf. Letzte Ursache für die Rückständigkeit der russischen Wirtschaft, für die Primitivität der russischen Sozialverfassung, für den autokratischen Zentralismus der juristisch-politischen Organisation und für die Formlosigkeit des russischen Geistes war vielleicht jene schier grenzenlose Weite der russischen Ebene mit ihren dichten Wäldern und spärlichen Wegen, jener Extremismus des Klimas, der im Winter das

Land unter einer einzigen Schneedecke begräbt und die Flüsse und Meere unbefahrbar macht und im Sommer die Ernte der Dürre und dem Mißwachs aussetzt, aber auch die — verglichen mit der Größe des Landes — seit jeher nur geringe Dichte der Bevölkerung. An all das sei hier nur erinnert, um von vornherein die Eigenart des russischen Bolschewismus zu betonen, der nur als Produkt der Geschichte Europas und Rußlands verstanden werden kann.

Wir haben in den letzten Jahrzehnten den Aufstieg und den Niedergang machtvoll-eruptiver Bewegungen, totalitärer Bewegungen der verschiedensten Art, die man mit Recht als Säkular-Religionen bezeichnet hat. Neben dem Kommunismus oder Bolschewismus haben wir Geburt und Tod der faschistisch-nationalsozialistischen Massenbewegungen, Ideologiesysteme und Herrschaftsordnungen miterlebt. Mit Recht haben wir diese ihrem Ursprung nach verschiedenen Bewegungen und Systeme mit dem Sammelbegriff des „Totalitarismus“ zu erfassen versucht. Ich glaube, daß heute dieses wichtige Wesensmerkmal dieser Bewegungen auch hier in Deutschland so klar erkannt wird, daß wir bei ihm nicht sehr lange zu verweilen brauchen. Das Schlagwort vom „roten Faschismus“ und „braunen Bolschewismus“ hat die durchaus vorhandene Analogie vielleicht am einfachsten und anschaulichsten erhellt. Wenn wir heute zurückblicken, sehen wir vielleicht klarer als noch vor einigen Jahren, wie unheimlich ähnlich, gerade auch in ihren sozialpathologischen, ja man kann vielleicht sogar sagen psychopathischen Zügen, der vollentwickelte Hitlerismus und der späte Stalinismus gewesen sind.

Bereits vor ein paar Jahren hat aber ein sehr kluger amerikanischer Beobachter mit Recht betont, daß sich die Ähnlichkeit zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus eigentlich nur auf diesen einzigen — allerdings ungeheuer wichtigen! — Charakterzug, nämlich den totalitären Charakter dieser beiden Bewegungen und Systeme — beschränkt. Ich glaube, daß das ganz deutlich wird, wenn wir etwa die folgenden Kontraste auch nur ganz kurz erwähnen: Der Pseudo-Rationalismus des dialektischen Materialismus unterscheidet sich nicht unwesentlich vom offenen Irrationalismus des Faschismus Hitler'scher Prägung. Der radikale Bruch mit den privilegierten Klassen in Rußland steht im Gegensatz zur langsamen Unterwanderung der alten Oberschichten im Dritten Reich. Die Bedeutung der Arbeiterschaft und des Bauerntums für die Bildung der neuen bolschewistischen Elite kontrastiert mit der Entstehung der Nazi-Elite aus den deklassierten Desperados der verschiedensten Schichten, vor allem aber des Mittelstandes. Die Zwangsindustrialisierung eines riesigen unterentwickelten und unterbevölkerten Agrarkontinents unterscheidet sich von der super-imperialistischen Wirtschafts- und Expansionspolitik eines überindustrialisierten und in gewissem Sinne übervölkerten Industrielandes.

Es war daher vielleicht nicht so unbegründet, wenn ein Anti-Kommunist wie Arthur Köstler der „organisierten Zerstörung“ des Nationalsozialismus die „verratene Utopie“ des Bolschewismus gegenüberstellte und damit in erster Linie den ideologischen Gehalt der beiden Bewegungen und Systeme unterscheiden wollte. Es war auch ebenso wenig Zufall, wenn Rauschnig im Nationalsozialismus eigentlich nichts an-

deres als die „Revolution des Nihilismus“ sehen wollte. Viele ausgesprochen kritische und ablehnende Beobachter waren hingegen immer wieder gezwungen, für den russischen Bereich im Bolschewismus trotz aller nihilistischen Züge doch auch noch andere Kräfte und Entwicklungstendenzen — etwa in Richtung auf die Modernisierung und Technisierung rückständiger Gebiete — zu sehen. In der Tat hat der Bolschewismus — anders als der Nationalsozialismus — ein Janusgesicht: Europa zeigt er sein destruktiv entmenslichtes Medusenhaupt — Asien gegenüber kehrt er immer wieder sein technisch-organisatorisches,

national-industrielles Gesicht zu. Insofern liegt sogar ein Vergleich zwischen Bolschewismus und anderen nicht-totalitären Industrialisierungsdiktaturen nicht so fern, wie man zunächst glauben könnte. Schon vor 1933 hat Michael Freund in einem sehr interessanten Buch über Sorel eine Parallele zwischen dem damaligen Bolschewismus und dem italienischen Faschismus zu ziehen versucht. Heute könnten Vergleiche Rußlands nicht nur mit dem Jugoslawien Titos, sondern auch mit der Türkei Kemal Paschas oder dem Ägypten Nassers sehr aufschlußreich sein!

Bolschewismus, ein Produkt der Geschichte Rußlands

Ich habe vom Bolschewismus als einem Produkt der Geschichte Rußlands und Europas gesprochen. Ich will das jetzt präzisieren: Der Bolschewismus erscheint der Außenwelt gegenüber als eine — wahrscheinlich nur zeitweilige — Synthese von großrussisch-imperialistischen Sendungsbewußtsein einerseits und kommunistisch-weltrevolutionärem Messianismus andererseits — eine Synthese, die sich vielleicht gerade in diesen Tagen, Wochen und Monaten aufzulösen beginnt. Ich will hier nicht auf die unter Historikern strittige Frage eingehen, wie weit etwa die Expansion Rußlands im 18. und 19. Jahrhundert von einem besonderen Sendungsbewußtsein getragen war. Ein hervorragender Fachmann, der aus Rußland stammende, jetzt in Amerika lebende, Professor Karpovich, hat einmal in einem Vortrag hier in Berlin rund heraus erklärt: „In dieser Zeit unterscheidet sich das Vorgehen Rußlands nicht von dem anderer Mächte. Ein Sendungsbewußtsein fehlt. Auch im 19. bis 20. Jahrhundert herrschen realpolitische Erwägungen vor. Der Panlawismus hat nur geringen Einfluß auf die Diplomatie. Bis zur Revolution fehlt der russischen Diplomatie ein ideologischer Einfluß. Sie verfolgt nur beschränkte Ziele.“

Hier ist aber doch zu beachten, daß es sich bei dieser Interpretation ausschließlich um eine Interpretation der offiziellen Außenpolitik und Diplomatie der zaristischen Regierung handelt. In der religiösen und geistigen Haltung des Volkes ebenso wie seiner Eliten hat es immer wieder ein ausgeprägtes christliches, d. h. also griechisch-orthodoxes, Sendungsbewußtsein gegeben. Bereits nach dem Fall von Byzanz, dem sogenannten zweiten Rom, erhob Moskau als das „Dritte Rom“ Anspruch auf die Führung der gesamten griechisch-orthodoxen Welt. 1472 hatte der damalige Großfürst von Moskau die Nichte des letzten

byzantinischen Kaisers geheiratet und damit diesen Führungsanspruch auch dynastisch begründet. Der ideologische Anspruch, der wichtiger ist, kommt vielleicht am klarsten in einem bekannten Brief des Mönchs Theophilus an den Großfürsten Basilius III. von Moskau zum Ausdruck. Ich zitiere hier wörtlich einen typischen Absatz:

Die Kirche des alten Rom fiel wegen ihrer Ketzerei, die Tore des zweiten Roms, Konstantinopel, sind von den Äxten der ungläubigen Türken zerstört worden; aber die Kirche von Moskau, die Kirche des neuen Roms, scheint heller als die Sonne im gesamten Universum. Zwei Rom sind gefallen; aber das dritte steht fest. Ein viertes kann es nicht geben!

Im 16. Jahrhundert ließ sich Iwan der Schreckliche, der sich nur mit Mühe gegen seinen eigenen Adel durchsetzen konnte, zum Zaren, d. h. also zum Kaiser und Weltherrn, krönen. Schon früh bekam so der russische Absolutismus eine theokratisch-messianische Färbung, wie man sie sonst nur etwa beim spanischen Absolutismus oder im arabisch-türkischen Kalifat noch finden kann. Weder Sprache noch Abstammung erschienen als das entscheidende Kriterium für die Zugehörigkeit zur russischen Nation. Allein die christliche Rechtgläubigkeit war entscheidend. Zugleich wurde aber diese christlich-rechtgläubige „orthodoxe“ Kirche dem Staat unterworfen und zu einem Instrument in der Hand des Zaren. In diesem katholisch-orthodoxen Rußland, das ja wie kaum ein anderes Land von der Reformation unberührt geblieben war, entwickelte sich so bereits seit dem 16. Jahrhundert ein Cäsaropapismus von ganz anderer Expansionskraft als sie etwa das protestantische Staatskirchentum West- und Mitteleuropas im 16., 17. oder 18. Jahrhundert besaß.

Sendungsbewußtsein des Marxismus

Wie tief die Wurzeln der Orthodoxie im rechtgläubigen Volke Rußlands lagen, das zeigt im 19. Jahrhundert etwa die Erscheinung eines Dostojewskij oder der Kampf der „Slawophilen“ gegen die „Westler“. Noch bei den revolutionären Volkstümlern, den sogenannten Narodniki, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, oder den Agrarsozialisten des späten 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts, den sogenannten Sozialrevolutionären, klingt die Idee von der besonderen Bedeutung und Würde, von der einzigartigen Mission des russischen Bauernvolkes und seiner agrarkommunistischen Gemeinde, dem „Mir“, immer wieder nach. Selbst Lenin und die Bolschewiki stehen mit einem Fuß in dieser Überlieferung des russischen Messianismus und Chiliasmus, allerdings nur mit einem Fuß — mit dem anderen Fuß bleiben sie in der alten utopisch-chiliasmatischen Tradition Westeuropas.

Der verstorbene anglikanische Erzbischof Temple hat einmal gesagt, der Nationalsozialismus sei antichristliches Heidentum, der Kommunismus hingegen eine christliche Ketzerei. Damit hat er vielleicht mehr Recht gehabt als man zunächst glauben möchte. Der Bolschewismus ist historisch gesehen ein Ausläufer sowohl der großen häretischen Überlieferung griechisch-orthodoxen östlichen Christentums, wie auch des westeuropäischen Christentums, des Katholizismus römischer Prägung und des Protestantismus. Ja, wie alle großen geistigen Strömungen Europas fußt er sogar in gewisser Beziehung auch in der Kultur der

Antike. Die Reihe seiner Ahnen könnte man mit Plato eröffnen, mit dessen kommunistisch-autoritär-hierarchischem und in gewisser Beziehung fast totalitärem „Staat“. Diese Tradition schließt dann im 13. Jahrhundert den Chiliasmus eines Joachim von Floris ebenso ein wie den Liebeskommunismus eines Franz von Assisi. Sie verdankt dem Heiligen Thomas Morus Namen und Begriff der „Utopie“. Bei Fichte und Hegel, Saint Simon und Fourier finden sich Ansätze eines Sendungsbewußtseins, das, mehr oder weniger revolutionär getönt, stärker national oder universal, aristokratisch oder demokratisch gefärbt, doch zur großen utopisch-chiliasmatischen Tradition des Westens gehört, ohne das auch der sogenannte wissenschaftliche Sozialismus eines Karl Marx und Friedrich Engels nicht denkbar wäre.

Im Mittelpunkt des Marxschen Denkens steht die Überzeugung von der welt- und menscheiterlösenden Mission des Proletariats. Wie etwa der Psychoanalytiker dem Patienten nur sein wahres Selbst erschließt, so glauben auch Marx und Engels nur die im Proletariat unbewußt bereits vorhandenen Strebungen und Ideen bewußt machen zu müssen. Hat das Proletariat einmal das richtige „echte“ Klassenbewußtsein erarbeitet und erkämpft, so ist es gewappnet, den Kampf um die Emanzipation der Menschheit aufzunehmen und zum siegreichen Ende zu führen. Diese Weltbewegung und Weltrevolution einer internationalen Klasse reicht über alle Ländergrenzen hinweg. Allerdings melden

bereits Marx und Engels — und hierin waren sie echte Schüler Hegels! — dieser zutiefst demokratischen Massenbewegung gegenüber sehr laut und deutlich einen Führungsanspruch für sich selber an, für sich selber als Mitglieder einer geistigen Elite. Dieser Führungsanspruch war schon zu ihren Lebzeiten so wenig überhörbar, daß er etwa einen Bakunin dazu veranlaßte, in diesen Weltbürgern autoritäre Preußen zu sehen.

1917 wagten Lenin und Trotzki ihren Staatsstreich nur in Erwartung der angeblich unmittelbar bevorstehenden Weltrevolution. Ebenso wie die anderen führenden Bolschewiki glaubten sie damals, die kommunistische Revolution würde wie ein Waldbrand über den Planeten hinwegfegen. Lenin erklärte ganz offen, daß in einigen Monaten, äußerstenfalls in einem oder zwei Jahren, nicht mehr Moskau, sondern Berlin oder Paris oder Lodon die Hauptstadt dieser neuen kommunistischen Weltrepublik sein würde. In dieser ersten Periode, deren Höhepunkte die Machtergreifung der Bolschewiki im Oktober 1917 und dann die Gründung der Kommunistischen Internationale 1919 darstellten, und die bereits zu Beginn der zwanziger Jahre zum Abschluß kommt, in dieser frühen Periode interpretiert sich der Kommunismus noch durchaus als einheitliche proletarische Weltbewegung. Die Mission der Bolsche-

wiki in Rußland, die Mission Rußlands selber, ist lediglich die einer Avantgarde des Weltproletariats.

Ein neues Moment ist allerdings bereits mit Lenin in das Sendungsbewußtsein des Marxismus eingedrungen. Seit der Spaltung der sozialdemokratischen Bewegung in Rußland und der Begründung einer eigenen bolschewistischen Organisation — zunächst als Fraktion und dann als Partei — also schon seit 1903, hat Lenin alles daran gesetzt, den Führungsanspruch der geistigen Elite, der bei Marx und Engels noch verschwommen und unklar ist, zum eindeutigen Diktatursanspruch für die Kaderpartei der Berufsrevolutionäre zu verhärten. Was bei Marx nur eine Entwicklungstendenz war, wird hier bei Lenin zu einer vollendeten Tatsache. Die Weltrevolution des internationalen Proletariats kann nur siegen, wenn dieses Proletariat in allen entscheidenden Ländern von den kommunistischen Parteien geführt wird. Diese Parteien selber sind zwar zu Lebzeiten Lenins und nach seiner Auffassung theoretisch noch gleichberechtigte Partner in der Kommunistischen Internationale. Praktisch haben sie aber doch bereits damals weitgehend nur die Stellung von Lehrlingen, die sehr wohl daran tun, die weisen Ratschläge der viel erfahreneren und erfolgreicherer Bolschewiki sehr genau zu beherzigen.

Moskau — das Mekka aller Werktätigen

Um 1921 herum beginnen Lenin und die Seinen einzusehen, daß der kommunistische Frontalangriff auf die alte Welt zum Scheitern verurteilt ist. Es ist damals eingetroffen, was eigentlich niemand für möglich gehalten hätte, weder die Bolschewiki noch ihre Gegner: Die Bolschewiki haben den Weltkapitalismus nicht besiegen können — aber ebensowenig haben die kapitalistischen Kräfte außerhalb Rußlands oder in Rußland selber die neuen Machthaber im Kreml zu stürzen vermocht. Der Bolschewismus ist nun auf Rußland zurückgeworfen, aber hier in Rußland erhält er sich und verfestigt sich. Und hier beginnt er nun, sich in einem noch viel stärkeren Maße, als das bis dahin der Fall war, zu russifizieren. Dieser Prozeß beginnt bereits zu Lebzeiten Lenins. Seinen Höhepunkt erreicht er allerdings erst unter Stalin, insbesondere im zweiten Weltkrieg. In dem Vierteljahrhundert, in dem Stalin in Rußland das Gesicht des Bolschewismus geprägt hat, hat er gegen Trotzki's internationalistische Theorie von der „permanenten Revolution“, derzufolge sich kein Land aus der weltrevolutionären Entwicklungskette lösen kann und darf, die Theorie vom „Sozialismus in einem Lande“ entwickelt, derzufolge Rußland in der einzigartigen Lage ist, auch beim Ausbleiben der Weltrevolution in den anderen Ländern ganz allein bei sich den Sozialismus aufbauen und vollenden zu können. Es ist also jetzt die nationale Mission der Sowjetunion, der bolschewistischen Partei, ihrer Führer und letzten Endes natürlich Stalins, die Arbeiterbewegung der ganzen Welt im Kampf um den Sozialismus und den Kommunismus zu lenken und zu steuern. Es ist die Pflicht und Schuldigkeit aller Sozialisten, Proletarier, ja letzten Endes aller anständigen Menschen in allen Ländern, diesen Führungsanspruch anzuerkennen und mit durchzusetzen — einen Führungsanspruch, der schließlich im sogenannten „Großen Vaterländischen Krieg“ mit der Glorifizierung des Großrussentums, seiner Kultur und seiner Sprache einen absoluten und absurden Höhepunkt erreicht hat.

Es gibt einen liberalen, pluralistischen Nationalismus, der letzten Endes auf die mittelalterliche Vorstellung vom Corpus Christianum und die Naturrechtslehre von der Civitas Maxima zurückgeht. Dieser pluralistische und humanitäre Nationalismus mißt der einzelnen Nation nur einen relativen Wert bei. Den absoluten Wert sieht er in Gott, der Christenheit oder schließlich säkularisiert in der abendländischen Kultur und der Gemeinschaft der Nationen. Der bolschewistische Supernationalismus stellt dagegen in seiner Verschmelzung von großrussischem imperialistischem Messianismus und kommunistisch-weltrevolutionärem Utopismus einen andersartigen absoluten Nationalismus dar. Dieser erinnert in manchem an die alttestamentarische Idee vom Messias und seinem auserwählten Volk, an das calvinistische Sendungsbewußtsein, das in den angelsächsischen Nationen eine große Rolle gespielt hat und zum Teil noch spielt, an die Idee von der Weltmission Frankreichs als Trä-

gerin klassischer Kultur und Zivilisation oder an den deutschen Supernationalismus, der etwa das Wort geprägt hat: Am deutschen Wesen soll die Welt genesen.

Weit konsequenter als diese Vorläufer hat jedoch der stalinistische Bolschewismus Ernst gemacht mit der Vorstellung von der absoluten Sendung des bolschewistischen Rußlands. Für ihn ist die Sowjetunion nicht einfach die Heimat, für die sich der Russe als Russe einzusetzen hat. Die Sowjetunion ist die Trägerin der höchsten Kulturwerte aller Zeiten und Völker. Sie ist das, wenn nicht von Gott, so doch von der Geschichte auserwählte Land des allein seligmachenden Sozialismus und Kommunismus. Nicht nur die Bürger der Sowjetunion und der Volkdemokratien, sondern alle Demokraten, Friedensfreunde, anständigen Menschen haben der bolschewistischen Partei und ihrem größten Führer Stalin zu dienen. Jeder, der sich ihm entgegenstellt, begeht damit eine Todsünde wider den Weltgeist der Geschichte und der Menschheit. Moskau ist das Mekka aller Werktätigen, und wehe denen, die die Wallfahrt zum Kreml scheuen! Früher oder später werden sie den Gang nach Canossa tun müssen, der mit ihrer geistigen und oft sogar ihrer physischen Liquidierung endet. Der Bolschewismus ist also unter Stalin die neue Staatskirche Rußlands geworden. Und ebensowenig wie die allerältesten Kirchen hat er die geringsten Skrupel, wenn er von der verschiedensten Menschen und Gruppen überall in der Welt gebieterisch verlangt, daß sie nur leben und wirken, kämpfen und sterben — *at majorem gloriam ecclesiae*, zum größeren Ruhm, zur größeren Ehre dieser neuen Staatskirche.

Es wäre sehr töricht, wenn wir behaupten wollten, daß diese Politik ohne jeden Erfolg geblieben ist. Selbst unter Stalin ist es der kommunistischen Elite in Moskau gelungen, ihre Macht zu sichern und zu steigern. Sie hat das Versagen ihrer Gegner des öfteren nicht ungeschickt auszunutzen verstanden. Die Krisen und Kriege unserer Zeit, vor allem die Katastrophenpolitik eines Tschiang-Kai Tschek oder eines Hitler, haben dabei den Kommunisten immer wieder in die Hände gespielt. Hätte Hitler sich nicht erdreistet, 1942 das Hakenkreuzbanner über Stalingrad aufzupflanzen — die Fahne mit Hammer und Sichel wehte heute nicht über dem Brandenburger Tor! Infolge der Katastrophen der beiden Weltkriege kam ja der Kommunismus 1917 in Rußland, 1945 in Osteuropa und Ostdeutschland, 1949 in China zur Macht.

Diesen weltgeschichtlichen Erfolgen folgten aber ernste Rückschläge: Auch hier kann man vielleicht mit Wheeler-Bennett von der „Nemesis der Macht“ sprechen. Der Versuch, in Westeuropa einzubrechen, rief die Gegenkräfte Europas und Amerikas wach. Die Überrumpelung der

Tschechoslowakei enthüllte — wie schon einmal 1938 — den Charakter eines Regimes, das Europa nichts zu bieten hat. Die Berliner Blockade zeigte, daß es sogar in Deutschland Kräfte demokratischer Abwehr zu mobilisieren gab. Der Verlust der universal-kosmopolitisch-humanitären Charakterzüge des Kommunismus, den die Russifizierung mit sich ge-

bracht hatte, die Identifizierung des Bolschewismus — einer angeblichen Weltbewegung — mit der zivilisatorisch-technisch-organisatorischen Rückständigkeit Rußlands und Eurasiens, offenbarten die Schwäche des Stalinismus in seinem Kampf mit dem zumindest technisch-zivilisatorisch überlegenen Westen.

Drei entscheidende weltgeschichtliche Ereignisse

Ich glaube, daß es außerhalb Rußlands vor allem drei weltgeschichtliche Ereignisse oder Entwicklungen waren, die den Bolschewismus beeinflussen und zu den Veränderungen, die sich jetzt abzeichnen beginnen, entscheidend beigetragen haben. Das erste epochale Ereignis ist der Sieg der Demokratien über die Diktaturen. Dieser Sieg muß den bolschewistischen Führern gezeigt haben, daß diese angeblich so dekadenten Systeme und Völker doch eine unerwartete Widerstandskraft und latente Stärke hatten. Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, daß gerade Hitler während der Jahre, da er seine großen Erfolge hatte, eine unheimliche Faszination auf Stalin ausgeübt hat und daß dieser damals nicht ungern alles in seinen Kräften Stehende getan hat, um die Sowjetunion dem Dritten Reich anzupassen. Nach dem kläglichen Ende Mussolinis, Hitlers, der japanischen Diktatoren entfiel dagegen für die Bolschewiki jeder Anlaß, den Wettbewerb an Grausamkeit mit ihnen zu versuchen. Nach 1945 lohnte es sich schon eher, sich — zumindest äußerlich-formal — an die demokratischen Usancen, Gepflogenheiten, Ideologien und Formen anzupassen. Gerade auch in den Augen der neutralen Länder konnte man eigentlich nur so den Kampf mit den westlichen Demokratien gewinnen.

Der zweite Faktor ist die Entwicklung der Atom- und Wasserstoffbombe, die ja zunächst nur die militärische Überlegenheit der Vereinigten Staaten mit sich brachte, inzwischen aber, seitdem auch die Sowjetunion über diese grauenvollen Vernichtungsinstrumente verfügt, einfach das Risiko eines neuen globalen Atomkrieges untragbar erscheinen läßt. Ich glaube, daß jetzt selbst die Militärs einzusehen beginnen, daß Weltkrieg Nr. 3 zu gefährlich ist und daß er sogar auch die Generalstäbe sehr ernsthaft in Mitleidenschaft ziehen könnte. Die Militärs sprechen zwar noch von der Möglichkeit der Lokalisierung und technischen Begrenzung des Krieges. Die führenden Staatsmänner, sowohl in Amerika wie in Rußland, dürften inzwischen wahrscheinlich zu der Auffassung

gelangt sein, daß selbst das Risiko eines lokalen Krieges zu groß ist, da, wenn ein solcher Krieg einmal entbrannt ist, es vielleicht niemandem möglich ist, ihn zu lokalisieren. Die Genfer Konferenz der Großen Vier hat wahrscheinlich entscheidend dazu beigetragen, allen Beteiligten diesen Sachverhalt klarzumachen und, was vielleicht noch wichtiger ist, auch jedem einzelnen zu verdeutlichen, daß auch der Gegner diesen Sachverhalt kennt und selber weiß, daß der andere ihn auch kennt. Gerade Eisenhower war hier wohl der richtige Mann, Chruschtschow, Bulganin und Schukow klaren Wein darüber einzuschenken, daß auch er wußte, was in einem solchen Kriege auch für Amerika auf dem Spiel stehen würde. Dieses zunächst mehr oder weniger stillschweigende Einverständnis unter den Großen Vier ist ja inzwischen so deutlich geworden, daß jetzt auch die Völker langsam aufatmen, da sie merken, daß jetzt endlich alle Staatsmänner den Krieg nicht einmal mehr als ultimo ratio der Politik ernstlich in Betracht ziehen.

Schließlich haben sich aber die Bolschewiki insofern geirrt, als sich weder der Zusammenbruch der Demokratie noch der Ausbruch eines neuen Weltkrieges als unvermeidlich erwiesen haben; sie haben auch die wirtschaftliche Stabilität der kapitalistischen Welt ganz erheblich unterschätzt. Die von Stalin und anderen immer wieder vorausgesagte große Wirtschaftskrise, die ja womöglich noch katastrophaler sein sollte als die Krise von 1929, ist nicht eingetreten. Die Prosperität Amerikas ebenso wie die Englands und anderer Länder hat die Bolschewiki auch zur Korrektur ihrer weltpolitischen Perspektiven gezwungen. Es ist kein Zufall, daß der bedeutendste kommunistische Wirtschaftstheoretiker, Eugen Varga, der bereits zu Lebzeiten Stalins dessen Wirtschaftsprognosen anzuzweifeln wagte, kürzlich wieder erklärt haben soll, der Westen würde zwar eine Wirtschaftskrise erleben, diese Krise würde aber nicht das ungeheuerliche Ausmaß der Krise von 1929 haben.

Erste Dividenden einer neuen Politik

Zu diesen und anderen Entwicklungen in der nichtkommunistischen Welt kommen nun neue Entwicklungen in der Sowjetunion hinzu, die ich hier nur ganz stichwortartig andeuten kann. Nach vier Jahrzehnten einer unerhört dynamischen Entwicklung in der Sowjetunion, die man trotz konterrevolutionärer Züge als eine „permanente Revolution“ nicht nur im technisch-industriell-ökonomischen Bereich, sondern auch in den sozialen und politischen Beziehungen und Prozessen bezeichnen kann, scheint sich jetzt endlich doch der — um mit Max Weber zu sprechen — „traditionalistische und bürokratische Alltag“ durchsetzen zu wollen. Selbst die rücksichtsloseste und totalitärste Diktatur scheint nicht vier Jahrzehnte lang den Massen dauernd den Gedanken suggerieren zu können, daß sie bloß Zukunftsdünger sind. Vor allem verlangen aber auch die neuen Oberschichten nach einer Konsolidierung und Normalisierung der Verhältnisse. In der neuen russischen Gesellschaft der Techniker und Ingenieure, der Fabrikdirektoren und Wirtschaftsmanager, der Künstler und vielleicht auch der Generale scheint sich eine neue Sättigung zu verbreiten. Das Rußland von heute erinnert in manchem nicht nur an das Frankreich Napoleons, sondern vielleicht sogar — so paradox das klingen mag — an das der Bourbonen. Man möchte sich endlich des Lebens freuen und die Mission sowohl des großrussischen Imperialismus wie auch des weltrevolutionären Kommunismus für eine Zeitlang vergessen. Gerade diese Oberschichten sind jetzt vielleicht zum erstenmal in einer so starken Lage, daß sie ihre Forderungen laut anmelden können: die Forderung nach Rechtssicherheit, nach Frieden, nach Ruhe und Ord-

nung; ja, ich glaube sogar, daß sich hier und da bereits leise und doch vernehmbar Stimmen regen, die eigentlich das verlangen, was wir eine freiere Entfaltung des Individuums, eine große Spontanität der Persönlichkeit, nennen würden. Von hier bis zu solchen Dingen wie Pressefreiheit oder Meinungsfreiheit in unserem Sinne ist natürlich noch ein weiter Weg. Vergessen wir nicht, daß Rußland diese Freiheit kaum je wirklich gekannt hat. Die Parteiführung scheint jetzt endlich diesem Druck zögernd und widerwillig in manchen Punkten nachzugeben. Man kann also schon von den Anfängen einer „Liberalisierung“ sprechen, oder besser: von einer Lockerung des Regimes. An seinem totalitären und diktatorischen Charakter hat sich bisher allerdings grundsätzlich eigentlich gar nichts geändert. Aber wir sollten uns davor hüten, den Abbau des Persönlichkeitskults, den Abbau des Massenterrors einfach zu übersehen. Richard Löwenthal hat in einem sehr beachtlichen Aufsatz im „Monat“ von der „Versöhnung“ der Partei mit der neuen Sowjetgesellschaft gesprochen. Er zieht dort die auch von anderen schon vorher gezogene Parallele zur Geschichte des Absolutismus. Ja, er spricht sogar bereits von einem „aufgeklärten Absolutismus“. Man kann sich hier wohl fragen, wie weit die Analyse eines „aufgeklärten“ Absolutismus wirklich haltbar ist. Aber selbst wenn dieser Absolutismus mehr an die Zeit vor der Aufklärung erinnert, nicht an das 18. Jahrhundert, sondern eher an das 16. oder 17., so wäre bereits der Übergang von einem extremen — pathologischen, totalitären und terroristischen System zu einer normalen totalitären Diktatur etwa im Stile des Rußlands der

zwanziger Jahre oder des Mussolinischen Italiens eine sehr ernstzunehmende Veränderung.

Diejenigen, die die Beschlüsse des 20. Parteitages und der 3. Parteikonferenz der SED eingehend studiert haben, glauben auch hier einen bedeutsamen Funktionswandel in der Stellung der Parteien wahrnehmen zu können. Ich zitiere hier aus einem beachtlichen Artikel von Carola Stern über die Dritte Parteikonferenz der SED:

„Die Partei stellt ihren Charakter als dogmatische Weltanschauungspartei eher in den Hintergrund und zeigt Tendenzen der Umformung in ein pragmatisches Organisationszentrum, das sich zwar an bestimmten marxistisch-leninistischen Grundkonzeptionen orientiert, jedoch jederzeit bereit ist, starre ideologische Formeln über Bord zu werfen, wenn sie in irgendeiner Beziehung den wirtschaftlichen Aufstieg hemmen.“

Das würde etwa bedeuten, daß der Bolschewismus, der bisher trotz aller Institutionalisierung wesentliche Züge einer dynamischen Machtbewegung, einer *eclesia militans*, einer streitbaren Kirche beibehalten hat, jetzt den Weg alles Fleisches zu gehen beginnt, und sich zumindest so weit „normalisiert“, wie das bisher alle dynamischen Bewegungen der Weltgeschichte meist erst nach Jahrzehnten oder Jahrhunderten getan haben.

Trotz allen Erschütterungen und Krisen, die eine solche Umstellung mit sich bringt, insbesondere wenn sie in der ruckartig-radikalen Weise erfolgt, die ja für die Tötung der Stalin-Mythologie typisch ist, zeigen sich bereits die ersten Dividenden dieser neuen Politik. Außenpolitisch hat sie sich bisher in Europa nicht in einer grundlegenden Änderung der Strategie und Taktik, in einer wirklichen Frontschwengung, ausgewirkt. Sie hat sich aber weltpolitisch bereits ausgewirkt in einer Ver-

legung des Schwergewichts der russischen Außenpolitik von Europa weg nach Asien, Afrika und anderen unterentwickelten Gebieten, eine Verlegung, die gerade hier in Deutschland im Zusammenhang mit der Frage der Wiedervereinigung sehr ernst zu nehmen ist. Der Bolschewismus erscheint nun in diesen sogenannten unterentwickelten Gebieten nicht mehr nur als ideologisch-propagandistischer Gegner des imperialistischen Westens, sondern auch als technisch-fortschrittliche Industrie- und Finanzmacht, die den unterentwickelten Ländern helfen kann, ihre wirtschaftliche Rückständigkeit zu überwinden. Es scheint mir, als wenn wir uns über das Ausmaß, das diese Wirtschaftshilfe bereits heute erreicht hat, noch durchaus nicht klar geworden sind. Erlauben Sie mir daher, Ihnen einige wenige Zahlen zu geben.

Eine große amerikanische Presseagentur, die United Press, berichtete am 15. April, die Wirtschaftshilfe der kommunistischen Nationen, Rußlands und der anderen, an die unterentwickelten Völker habe bislang bereits 506 Millionen Dollar betragen. Das wären also über 2 Milliarden D-Mark. Nach ebenda zitierten Statistiken der Regierung der Vereinigten Staaten sollen davon Ägypten allein 165 Millionen Dollar erhalten haben, Indien 150 Millionen, Afghanistan 115 Millionen, Jugoslawien 83 Millionen, Indonesien 20 Millionen und die anderen Länder kleinere Beträge. Ich kann mich natürlich für diese Zahlen nicht verbürgen; vielleicht handelt es sich hier zum Teil um die Verrechnung von Leistungen und Lieferungen, die vielleicht auch anders vorgenommen werden könnte. Eines scheint mir aber unbestreitbar: Der Kampf um den neutralen Gürtel ist in ein neues Stadium getreten. Und der Westen hat es jetzt nicht mehr nur mit einem Gegner zu tun, der eine mehr oder weniger anziehende Ideologie zu liefern versucht, sondern mit einem Konkurrenten, der Waffen und Maschinen, Techniker und Ingenieure produzieren und offerieren kann.

„Challenge“

Dieser neuen Politik der Sowjetunion gegenüber muß sich eine Politik des Kolonialismus, Rassismus und nationalen Partikularismus, die an Traditionen um der Traditionen willen und an Positionen um der Positionen willen festhielt, unterlegen zeigen. Der Stalinschen Strategie gegenüber konnte die Truman-Politik der „Eindämmung“ noch gewisse Erfolge erzielen. Heute erweist sich hingegen eine Kritik, die ich vor drei Jahren formuliert habe und die ich hier zitieren darf, als richtig:

... Daher stellt die Alternative, die in letzter Zeit in der amerikanischen Außenpolitik eine so große Rolle gespielt hat, nämlich die zwischen Eindämmung und Befreiung, ein unlösbares Dilemma dar. Der Kommunismus kann auf die Dauer nicht rein defensiv eingedämmt werden. Er kann aber ebensowenig durch eine rein amerikanische Offensive eliminiert werden. Der Westen muß also über sich selber hinauswachsen, will er den Kommunismus global überwinden. Das kann er nur, indem er den Wettkampf mit dem Kommunismus um die Herzen und Hirne der Klassen und Massen aller fünf Erdteile aufnimmt.

Der Westen sieht sich also heute einer neuen großen Aufgabe und ersten Herausforderung, einer wirklichen „Challenge“ — um diesen Ausdruck Toynbees zu gebrauchen — gegenüber. Die Antwort kann nur sein: größere Einigkeit, stärkere Dynamik, weiterreichende Solidarität gerade auch mit den Hunderten von Millionen in Asien, Afrika und Lateinamerika, die heute noch dahinsiechen und hungern. Nur dann

kann der Westen hoffen, daß die prekäre Koexistenz der beiden Welten, die nun eigentlich schon seit 1917 eine Tatsache ist, in einer vielleicht doch nicht allzu fernen Zukunft zur wirklichen Normalisierung, Liberalisierung und schließlich sogar Demokratisierung des Bolschewismus führen wird. Nur mit Hilfe einer aktiven, dynamischen, selbstlosen Politik kann der Westen sein Teil dazu beitragen, daß die sich jetzt zum erstenmal andeutende Tendenz zur Auflösung der Stalinschen Synthese von weltrevolutionärem Messianismus und großrussischem Imperialismus zu einer dauernden Wirklichkeit wird.

Die erste Hälfte unseres Jahrhunderts stand im Zeichen der Kriege und Bürgerkriege, der Revolutionen und Konterrevolutionen, des Siegeszuges charismatisch-totalitärer Massenbewegungen und fanatisch-intoleranter Säkularreligionen. In seiner großartigen Betrachtung über den „Kaiser“ hat Walter Rathenau schon am Ende des vorigen Krieges vorausgesagt, daß die russische Revolution eine neue Epoche einleiten wird, die im Zeichen der „Auflösung der europäischen Schichtung unter der Staatsform sozialisierender Freistaaten“ und schließlich der Ersetzung der Staatsformen „durch ein bewegliches System selbstverwaltender Kulturverbände“ stehen werde. Vielleicht ist das, was sich heute diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs abspielt, nun doch ein erstes Anzeichen dafür, daß das Zeitalter der Despoten und Diktatoren wirklich zu Ende geht und daß unsere Kinder noch in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts die Erfüllung der Rathenauschen Prophezeiung erleben werden.

Kommunistische Untergrundarbeit in Deutschland

Solange Anhänger von Marx, Engels und Lenin handelnd in das politische Leben eingreifen, hat es kommunistische Untergrundarbeit gegeben. Man denke an den Anteil der Bolschewiki an der Vorbereitung des Revolutionsversuches vom Jahre 1905 in Rußland, an die Raubüberfälle auf Banken und Geldtransporte („Expropriationen“), die Lenins Anhänger in Moskau und Tiflis begingen, an die Waffenkäufe, die Litwinow, als Offizier von Ekuador gegenüber der Königlich-Dänischen Waffenfabrik auftretend, abschloß. Man erinnere sich an die Vorbereitungen der Oktoberrevolution vom Jahre 1917 und an die Blütezeit der Apparattätigkeit von 1920–1933 in Deutschland. Eine nähere Betrachtung der kommunistischen Untergrundarbeit in Deutschland, die im folgenden unternommen wird, läßt erkennen, daß die Formen der Untergrundarbeit sich wandeln und daß ihre Wandlungen den Veränderungen entsprechen, die die politische Taktik der Kommunisten durchgemacht hat. Mit anderen Worten: Streben die Kommunisten zum offenen revolutionären Kampf, zur „direkten Aktion“, wie im Deutschland der Jahre 1920–1923, so ist die Untergrundarbeit anders angelegt, als wenn die Gewinnung einer Massenbasis das Mittel ist, durch das die Kommunisten „auf friedlichem Wege“, wie heute in manchem europäischen Staat, zur Macht gelangen wollen. Von derartigen Veränderungen erscheint nur ein Teil der Untergrundarbeit ausgenommen: die konspirative, auf Nachrichtengewinnung zielende Tätigkeit der östlichen Nachrichtendienste. Mag auch auf politischem Gebiet der bewaffnete Aufstand vorbereitet werden oder die Errichtung einer Volksfront unter Beteiligung der Kommunisten an der Regierung (wie ab 1935 in Frankreich) oder eine enge politische und militärische Zusammenarbeit wie mit England und den USA von 1941 bis 1946, immer richtet sich das Bemühen der östlichen Nachrichtendienste, mag auch die Intensität ihrer Arbeit verschieden sein, auf das Herz des Gegners oder „Freundes“, auf seine Staatsgeheimnisse. Die Geschichte der sowjetischen Handelsvertretung im Berlin der Rapallo-Zeit, die Tätigkeit Alexander Rados und seiner „Presseagentur“ in Frankreich (1936), die Fälle Fuchs, Hiss, Burgess, MacLean und viele andere beweisen das zur Genüge. Anders auf politischem Gebiet: hier hängt die Art und Weise der Untergrundarbeit ganz von dem Charakter der politischen Bemühungen ab. Die Entwicklung in Deutschland wird das veranschaulichen.

1920 bis 1923

Lenin war der Auffassung, daß es unmöglich sei, in einem Lande allein den Sozialismus aufzubauen. Eine Koexistenzpolitik hat Lenin stets nur unter taktischen Gesichtspunkten, d. h. als Mittel zu dem von ihm unverrückbar festgehaltenen Ziel der Weltrevolution empfohlen. Lenin hoffte schon im Exil — für den Fall des Gelingens der Revolution in Rußland — auf die Hilfe der Proletarier der westlichen Länder. Nachdem die Monarchien in Deutschland und Österreich-Ungarn 1918 nahezu widerstandslos gestürzt waren, rechnete Lenin fest mit der Errichtung einer Räte-Republik in Deutschland als Voraussetzung der Ausbreitung der Revolution über ganz Europa. Am ersten Jahrestag der Oktoberrevolution sagte er:

„Wir haben unsere Sache ausschließlich mit Berechnung auf die Weltrevolution begonnen.“

Auf dem VII. Parteitag der KPdSU im März 1918 erklärte er es wiederum für notwendig, über die russische Revolution hinaus die internationale Revolution hervorzurufen. Immer erneut stellte Lenin den Kommunisten die Aufgabe, die Revolution auf mindestens einige

fortschrittliche Länder auszudehnen. Demzufolge richtete sich das Bestreben der russischen und deutschen Kommunisten in den Jahren 1920 bis 1923 darauf, in Deutschland die bolschewistische Revolution durchzuführen mit dem Ziel, eine Räte-Diktatur zu errichten. Mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften unterstützten damals die russischen Kommunisten die bewaffneten Aufstandsversuche in Deutschland.

Für unser Thema erscheint es sehr bezeichnend, daß in den von Lenin entworfenen Statuten der III. Internationale (Komintern, am 2. März 1919 in Moskau gegründet) eine Verpflichtung für alle kommunistischen Parteien aufgenommen wurde, neben ihrer offenen politischen Arbeit „überall einen parallelen illegalen Apparat zu schaffen, der im entscheidenden Augenblick der Partei helfen soll, ihre Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen“.

Nun, von der KPD dieser Jahre wurde diese Pflicht aufs pünktlichste erfüllt: Ein M- (Militär-) Apparat und ein N- (Nachrichten-) Apparat wurden aufgestellt. Diese Apparate hatten die Aufgabe, zur Vorbereitung der Revolution in Deutschland Waffen zu lagern, Verbindungen zwischen den Parteiorganisationen zu halten, Geldmittel zu transportieren, Druckereien für geheime Aufträge einzurichten, Pässe zu fälschen usw. Später wurden noch ein T- (Terror-) Apparat mit der Aufgabe, Feinde in den eigenen Reihen zu vernichten, und ein Z- (Zersetzungs-) Apparat, der andere Parteien und Organisationen zu infiltrieren und zu zersetzen hatte, gebildet. Neben diesen Apparaten der KPD arbeiteten selbstverständlich noch sowjetische nachrichtendienstliche Apparate, die mit Unterstützung deutscher Kommunisten aufgezogen worden waren, aber keine unmittelbare Verbindung zu den Organisationen der KPD unterhielten. Auf dem Höhepunkt der Vorbereitungen für den bewaffneten Aufstand von 1923 wurde ferner eine MP- (militär-politische) Organisation unter Leitung eines Russen (Alexander Gorev-Skoblewsky, 1925 vom Reichsgericht zum Tode verurteilt, später im Austauschwege in die Sowjetunion zurückgeführt) geschaffen, der zahlreiche russische Offiziere als „Berater“ angehörten. Diese Berater verschwanden nach dem Scheitern des verlustreichen, trotz aller Vorbereitungen schlecht organisierten Aufstands von 1923. Die KPD wurde am 22. November 1923 von General von Seeckt für die Dauer des Ausnahmezustandes aufgelöst. Es war das erste Mal, daß die Partei in ganz Deutschland „illegal“ war. Die Auflösung wurde jedoch von der damaligen Polizei nicht scharf durchgeführt. Die KPD arbeitete weiter, berief getarnte Versammlungen und Demonstrationen ein, ihre Abgeordneten blieben sowohl im Reichstag wie in den Länderparlamenten, empfingen ihre Wähler und nahmen an Sitzungen teil. So wenig Konspiration war erforderlich, daß die Literatur der verbotenen Partei sogar mit Postpaketen versandt werden konnte. Obwohl die Kommunisten in der Verbotszeit auf manche historisch erklärliche Sympathie innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung stießen, so sank doch die Mitgliederzahl der Partei infolge der auf die Niederlage folgenden Ernüchterung ganz beträchtlich (von 267 000 im September 1923 auf 121 000 im April 1924).

1924 bis 1928

Am 1. März 1924 wurde der Ausnahmezustand aufgehoben. Die KPD konnte wieder „legal“ arbeiten. Jedoch wurde die auf bewaffneten Umsturz hinzielende Tätigkeit zunächst nicht fortgesetzt. Die Drahtzieher in Moskau hatten beschlossen, ihre Arbeit auf längere Sicht anzulegen. Sie begannen mit der Ausbildung von Kommunisten aus allen

Ländern zu Bürgerkriegsspezialisten. Eine internationale Militär-Schule (M-Schule) wurde in Moskau eingerichtet. Zu ihren deutschen Schülern zählten z. B. Hans Kippenberger (führend am Hamburger Aufstand von 1923 beteiligt, später Leiter des deutschen AM-Apparates, 1936 in der Sowjetunion liquidiert), Wilhelm Zaisser (ab 1950 bis 1953 Staatssicherheitsminister in der SBZ), Josef Gutsche (heute hoher Offizier des MfS), Albert Schreiner (heute militärpolitischer Theoretiker in der SBZ) und Ernst Wollweber (heute Minister für Staatssicherheit in der SBZ).

In politischer Hinsicht wurden die auf 1924 folgenden Jahre benutzt, um die KPD, in der wiederholt anti-sowjetische Tendenzen erkennbar geworden waren, im sowjetischen Sinne völlig gefügig zu machen. In dieser Zeit der Gleichschaltung trat Walter Ulbricht, damals wegen seiner Bemühungen, die Betriebszellen zur Grundlage der Parteiorganisation zu machen, Genosse „Zelle“ genannt, erstmalig als getreuer Gefolgsmann Moskaus hervor. Zu solcher parteiorganisatorischer Tätigkeit waren Apparate im vorher benötigten Ausmaß nicht erforderlich. Es blieben daher nur der M- und N-Apparat bestehen.

1929 bis 1933

Mit der Weltwirtschaftskrise der auf 1929 folgenden Jahre sahen die Kommunisten neue Möglichkeiten, ihre Umsturzpläne zu verwirklichen, entstehen. Das Exekutivkomitee der Komintern (EKKI) stellte im September 1932 auf seinem XII. Plenum, von der Erkenntnis ausgehend, daß mit den starken Erschütterungen der Weltwirtschaft revolutionäre Situationen in allen Ländern heranreiften, erneut die Aufgabe, den bewaffneten Aufstand vorzubereiten. Das EKKI sprach offen aus, daß

„der Sieg der deutschen Revolution neben dem siegreichen Oktober von 1917 den wichtigsten Schritt zur Weltrevolution bedeutet“

und daß

„mit der deutschen Revolution das Schicksal der proletarischen Revolution in West- und Mitteleuropa entschieden wird“.

Dieser Aufgabenstellung entsprach die Tätigkeit der Apparate. Bezeichnend für die neue Lage war, daß entsprechend der in den Jahren vorher durchgeführten völligen Unterwerfung der KPD unter die KPdSU ab 1928 eine viel engere Verbindung zwischen den sowjetischen auf deutschem Boden arbeitenden nachrichtendienstlichen Organisationen der damaligen OGPU und der Roten Armee zu dem deutschen Apparat bestand als noch 1923. Die sowjetischen Nachrichtendienste benutzten jetzt die deutschen Kommunisten zu Hilfsdiensten jeder Art.

Die wichtigsten in dieser Zeit zur KPD gehörenden Apparate sind folgende: Der „illegale“ (d. h. im kommunistischen Sinne: konspirativ arbeitende) Parteiapparat, der N- (Nachrichten-) Apparat, der BB-Apparat und Teile der sogenannten „Roten Hilfe“ und der AM- (Anti-Militär-) Apparat. Dieser war aus dem alten M-Apparat hervorgegangen. Nur aus Tarnungsgründen war sein Name in Anti-Militär-Apparat geändert worden. Sein Leiter, Hans Kippenberger, war durch seine Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter vor dem Zugriff der Strafverfolgungsbehörden geschützt. Der AM-Apparat hatte die Aufgabe, den bewaffneten Umsturz vorzubereiten. Dieser Aufgabe entsprechend war er gegliedert: Neben einem Sekretariat bestanden Abteilungen für Nachrichtendienst, ZerPol (Zersetzung der Polizei), ZerRW (Zersetzung der Reichswehr), Weiss (Zersetzung rechtsstehender Organisationen), SPD (Zersetzung der SPD), PSS (Partei selbstschutz). Der zentralen Leitung des AM-Apparates unterstanden Bezirks- und Unterbezirksleitungen, zu deren Verfügung sogenannte „Aktivgruppen“ standen. Besondere Bedeutung kam im Hinblick auf die bevorstehenden Machtkämpfe den Versuchen, Polizei und Reichswehr zu zersetzen, zu. Allein im Jahre 1932 sind 1225 Zersetzungsversuche dieser Art (zwei Drittel gegen die Polizei gerichtet) Gegenstand von polizeilichen Ermittlungsverfahren gewesen. Vom Reichsgericht wurden in einem Jahre 169 Personen wegen Zersetzungsarbeit gegen Reichswehr und Polizei rechtskräftig verurteilt. Meist bestand diese Zersetzungsarbeit in der Verteilung von zersetzenden Schriften innerhalb von Reichswehr und Polizei. Derartige Schriften wurden vielfach in den Hausfluren der

Polizeireviere niedergelegt, unter Wohnungstüren von Polizeibeamten geschoben oder auch von Kindern in Streichholzschachteln oder Zigarettenspackungen in Truppenunterkünften getragen. Eine derart angelegte Arbeit konnte trotz Zuverlässigkeit der Truppe und scharfer Überwachung innerhalb der Polizei nicht ohne Ergebnis bleiben. Im militärpolitischen Mitteilungsblatt der KPD „Oktober“ vom Dezember 1931, das zur Tarnung einen Umschlag mit dem Titel „Neue Architektur“ trug, wurde berichtet, daß im September 1931 zwei Bereitschaften der Berliner Schutzpolizei den Dienst verweigert und die Internationale gesungen hätten.

Im Rahmen der kommunistischen Apparate spielte auch die schon erwähnte Organisation für Betriebsberichtserstattung, der BB-Apparat, eine erhebliche Rolle. Dieser Apparat beschaffte Nachrichten wirtschaftlichen Inhalts aus den Betrieben. Er dürfte schon vor 1933 aus den Apparaten der KP gelöst und dem sowjetischen Nachrichtendienst zur Verfügung gestellt worden sein.

Auch Versuche, sich die Mittel für einen bewaffneten Aufstand (Waffen, Munition und Sprengstoffe) auf jede mögliche Weise zu beschaffen, gehörten zur Tätigkeit der damaligen Apparate. Ein kleiner Teil der benötigten Waffen wurde im Kuriergepäck aus dem Ausland herbeigeschafft. Aus Holland, Belgien und der CSR versuchten die Apparate, Waffen einzuschmuggeln. Der Großteil des benötigten Materials wurde jedoch bei inländischen Waffenfabriken, in Waffenläden oder in Betrieben, die Sprengstoff verwendeten, beschafft, d. h. gestohlen. Auch Diebstähle bei der Reichswehr wurden verübt. Im Jahre 1933 lief z. B. beim Reichsgericht ein Prozeß, in dem ein im Leipziger Reichswehrstandort verübter Diebstahl von einem schweren Maschinengewehr, 36 leichten Maschinengewehren und 217 Militärgewehren abgeurteilt wurde. Hunderte von Diebstählen dieser und ähnlicher Art wurden begangen. Große Mengen von Waffen und Sprengstoffen gerieten hierbei in die Hände der Apparate.

Noch ein Kapitel aus der Geschichte der Apparate ist hier zu streifen: die Tätigkeit ihrer Paßfälscherwerkstätten. Mit ihnen, besonders aber in der Paßfälscherwerkstatt in Berlin, war ein Instrument geschaffen worden, das seinesgleichen suchte. Allein bei der Aushebung eines Teils dieser Zentrale in Berlin-Wilmersdorf wurden am 28. November 1932 Hunderte von Stempeln deutscher Konsulate, des Polizeipräsidiums von Berlin sowie auswärtiger Polizeistellen, Paßformulare, Geburtsurkunden usw. sichergestellt, die die Herstellung von Pässen und sonstiger Dokumente der einschlägigen Art ermöglichten. Die Ergebnisse dieses Zugriffs ließen jedoch das gesamte Ausmaß der Tätigkeit des Paßapparates noch nicht erkennen. Der Paßapparat hatte über 150 Mitarbeiter. Mehrere tausend Pässe standen dauernd zum Gebrauch für Apparat-Mitglieder zur Verfügung (vgl. Dallin, Sowjetspionage, S. 125).

Kürzlich erschienene Berichte über die Aufdeckung einer Paßfälscherwerkstatt in Berlin (vgl. „Welt“ vom 10. 9. 1956) zeigen, daß mit derartiger Tätigkeit auch heute zu rechnen ist, wenn auch Hinweise dafür, daß die Fälscher einem kommunistischen Parteiapparat angehörten, nicht erkennbar waren.

Am Ende dieser Blütezeit der Apparate stand die Vorbereitung der ab 1932 erwarteten Illegalität, d. h. der Weiterarbeit als einer verbotenen Partei. Während die anderen Apparate neben ihrer eigentlichen Tätigkeit (Zersetzung usw.) gleichfalls Vorbereitungen für ihre eigene Weiterarbeit nach einem Verbot trafen, war es die Aufgabe des „illegalen Parteiapparats“, die Illegalität der gesamten Partei vorzubereiten. Angesichts der damaligen Stärke der KPD (etwa eine Million organisierte Kommunisten im Jahre 1932) war das eine riesige Aufgabe.

Der illegale Apparat (unter Leitung von Ernst Schneller) versuchte, sie zu lösen. Das Karl-Liebknecht-Haus, Hauptquartier der KPD in Berlin, wurde mit seinen Geheimmräumen, Kellern und Signalanlagen zur Zentrale der Aufstandsbewegung ausgebaut. An alle Parteibüros erging die Weisung, sämtliche Archive, Ablagen, Anschriftenlisten zu vernichten. Auch die privaten Wohnungen waren von Parteimaterial zu säubern. Die Funktionäre verschwanden aus ihren Wohnungen ohne polizeiliche Abmeldung. Schon im Oktober 1932 wurden von Beauftragten des

Apparats bei allen Funktionären „Haussuchungen“ durchgeführt, die den Zweck hatten sicherzustellen, daß keinerlei vertrauliches Parteimaterial mehr vorhanden war. Im November 1932 wurden sämtliche Parteiorganisationen in Groß-Berlin angewiesen, sich binnen drei Tagen auf die Illegalität umzustellen. Ein Probealarm wurde durchgeführt.

Die Verbindung zwischen den einzelnen Parteistellen wurde nur durch Kuriere gehalten. Sitzungen fanden nicht mehr an festen Treffpunkten, sondern nur noch an sogenannten Durchgangsstellen statt. In den Büros saßen nur noch Strohmänner. Die eigentliche Leitung hielt sich an einem Ort auf, der den Mitgliedern unbekannt war.

Nach dem 30. 1. 1933 wurden die Weisungen verschärft. Der Kurierdienst wurde ausgebaut. Geheime Kurierquartiere, die nur den Bezirksleitungen bekannt waren, wurden geschaffen. Druckapparate zur Herstellung von Flugblättern durften nur einmal am gleichen Ort benutzt werden. Zur Anfertigung von sonstigen Manuskripten durften nur Schreibmaschinen neutraler Personen gebraucht werden. Ein Anweisung besagte, daß Beamte der politischen Polizei auf ihren Gängen in der Stadt genau zu beobachten seien, um Hinweise auf etwa bevorstehende Polizeiaktionen zu gewinnen. In den Wohnungen dieser Beamten sollte des öfteren abends und nachts angerufen werden, um sich zu überzeugen, ob sie zu Hause seien. Auch daraus glaubten die Kommunisten, Schlüsse auf bevorstehende polizeiliche Maßnahmen ziehen zu können. Ferner wurde die Beobachtung des Polizeipräsidiums angeordnet. Wenn in einzelnen Zimmern abends oder nachts Licht brannte, so wurde das als ein Zeichen dafür, daß Polizeikräfte bereitgehalten wurden, angesehen. In Schulungen wurde konspiratives Verhalten eingehend gelehrt:

a) Niemand darf von der illegalen Organisation mehr erfahren als zu seiner Tätigkeit unbedingt erforderlich ist. Selbst der beste Genosse braucht nicht alles zu wissen. Neugierige sind als Verdächtige zu behandeln. Schwatzhaftigkeit und Ruhmrederei sind zu bekämpfen.

b) Das Telefon ist kein geeignetes Verbindungsmittel bei konspirativer Tätigkeit.

c) Jeder hat einen Parteinamen zu tragen. Anschriften dürfen nur chiffriert weitergegeben werden.

d) Pünktlichkeit bei Treffs ist unerläßlich.

e) In illegalen Wohnungen dürfen weder Adressen noch Aufzeichnungen aufbewahrt werden. Die für die Arbeit benötigten Anschriften und sonstigen Daten haben die Genossen auswendig zu lernen. Von außen sichtbare Zeichen sind festzulegen, die anzeigen sollen, ob eine illegale Wohnung „sauber“, d. h. vom Gegner nicht erkannt ist.

f) Illegale Treffs sind sorgfältig vorzubereiten. Kein verdächtiges Material darf auf dem Wege zum Treff mitgeführt werden. Passanten sind daraufhin zu beobachten, ob sich unter ihnen „Beschatter“ befinden. Treffs haben mit einer sogenannten konspirativen Minute zu beginnen. In dieser Minute wird besprochen, welche harmlose Ausrede der Polizei gegenüber im Falle des Auffliegens des Treffs als Begründung für die Zusammenkunft angegeben werden soll.

g) Die Lebensweise des illegalen Arbeiters soll unauffällig, d. h. seiner Umgebung angepaßt sein.

Nur eines wurde von den Kommunisten nicht vorbereitet: der Reichstagsbrand. Er wurde zum Anlaß für Maßnahmen benutzt, die das Weiterarbeiten der KPD als einer Massenpartei unmöglich machten.

1933 bis 1945

Die Festnahme von etwa 30 000 Funktionären der KPD, unter denen sich viele Apparatangehörige befanden, wirkte schon als solche vernichtend auf die kommunistischen Untergrundorganisationen. Hinzu kam, daß die Gestapo durch Folterung von Gefangenen das letzte Stück Informationen aus ihnen herauszupressen wußte, das ihr bei der Zerschlagung der Apparate dienlich sein konnte. Die Gefangenen konnten diesen Methoden nur in Ausnahmefällen widerstehen. Die Folge davon war, daß die alten Apparate bald arbeitsunfähig waren. Diejenigen Funktionäre, die dem Zugriff der Gestapo entgingen, begaben sich ins Ausland. Bei der Schleusung von kommunistischen Funktionären ins Aus-

land spielte die Organisation der Roten Hilfe Deutschlands, die eine Sektion der Internationalen Roten Hilfe (MOPR) war und nach außen hin als karitative Einrichtung mit dem Zweck, den politischen Strafgefangenen und deren Angehörigen Hilfe zu leisten, auftrat, eine große Rolle. Willi Münzenberg war in der Pariser Stelle der Roten Hilfe nach 1933 führend tätig. Auch Hans Kippenberger war etwa ab 1934 in Paris. Er endete 1936 in Moskau als eines der vielen Opfer von Stalins Säuberungen. Nur Ernst Wollweber, damals Organisationsleiter der KPD, blieb in Deutschland und versuchte, von innen her zuverlässige Genossen in einer illegalen Organisation zusammenzufassen. Mit intakt gebliebenen Teilen der Apparate gelang es damals gewissermaßen unter den Augen der Gestapo, vertrauliche Unterlagen des Zentralkomitees der KPD und des Westeuropäischen Büros der Komintern nach Kopenhagen bringen zu lassen. Auch wichtige Teile des Paßapparates konnten 1934 nach Saarbrücken transportiert werden. Was von den Parteiorganisationen noch geblieben war, befand sich in Moskau, Paris, Prag oder Kopenhagen, wo sich auch das Westeuropäische Büro der Komintern niedergelassen hatte.

In Deutschland selbst war schärfste Beachtung der konspirativen Regeln unerläßlich für jeden Kommunisten, der in Freiheit bleiben wollte. Jan Valtin (Richard Krebs), ein damals für Wollweber in Deutschland tätig gewesener, aus der IHS (Internationale der Hafenarbeiter und Seeleute) hervorgegangener Funktionär, sagte über die Vorsichtsmaßnahmen, die anzuwenden er damals genötigt war, in seinem Buch „Out of the night“ (New York 1941) folgendes:

„Ich schlief in den Wohnungen heimlicher Kommunisten. Ich gebrauchte Deckadressen für meine Post und getrennte Kurierstationen für Post- und Verbindungszwecke. Heimliche Treffen und Konferenzen, an denen ich teilnahm, fanden nie zweimal am selben Ort statt. Parks, monarchistische Restaurants, verlassene Schiffe, überfüllte Tanzsäle, Barken und Boote waren die Plätze, an denen ich meine Genossen traf, um Pläne zu machen, Berichte und Instruktionen zu geben und zu empfangen. Wir benutzten selten Privathäuser. Als die Intensität des Terrors mit der Zeit wuchs, konnte jedes Haus eine Falle sein. Bevor ich zu einem Treffen ging, pflegte ich einen Gehilfen, gewöhnlich einen Jungen oder ein sehr junges Mädchen, vorauszusenden, um zu klären, ob der Treffplatz frei von verdächtig herumstehenden Personen war. Ich versuchte selbst, meine Erscheinung so unverdächtig zu machen und mein Benehmen so harmlos einzurichten wie ich nur konnte. Bei mir trug ich einen belgischen Paß und einige harmlose Briefe in flämischer Sprache mit Briefmarken aus Ostende. Niemals hatte ich vertrauliches Material bei mir. Ich lernte, lange Listen von Namen und Adressen im Gedächtnis zu behalten. Wenn Notizen mitgenommen werden mußten, trug sie ein Mädchen als Kurier, die eine Mitgliedskarte der NSDAP hatte, für mich in einer geheimen Tasche auf der Innenseite ihres Gürtels. Nötwendige Besprechungen mit dem einen oder anderen meiner Vorgesetzten hielten wir auf Spaziergängen durch die Vorstadtstraßen ab. Ich benutzte niemals leere oder halbleere Omnibusse oder Straßenbahnwagen. Gedrängt volle Transportmittel waren immer gute Verstecke. Ich vermied alle überflüssigen persönlichen Beziehungen zu früheren Freunden. Nur Parteibeziehungen hielt ich aufrecht. Alle Personen, die Fragen stellten, wurden als verdächtig behandelt. Es war ein Parteibefehl, daß Mitglieder, die anderen Genossen Fragen stellten, die außerhalb ihres Arbeitsbereichs lagen, unverzüglich dem örtlichen GPU-Apparat gemeldet werden mußten. Ich gebrauchte einen anderen Namen für jeden Distrikt, in dem ich arbeitete. Ich benutzte auch in meinen Verhandlungen mit Genossen, die ich nicht ganz genau kannte, niemals den Namen, der in meinen Identifizierungspapieren angegeben war, oder den Namen, unter dem ich mich gelegentlich in Hotels polizeilich gemeldet hatte. Auch brauchte ich niemals einen Namen, unter dem ich vorher festgenommen worden war. Ein Mann, der sich mit Untergrundarbeit befaßt, lernt Pünktlichkeit, ganz gleich, wie unbedeutend die Sache sein mag, um die es sich gerade handelt. Wartende Leute ziehen die Aufmerksamkeit von Passanten oder ungesesehenen Beobachtern auf sich. Wenige Minuten des Wartens haben oft die Befragung und die Verhaftung der Wartenden nach sich gezogen. Wir warteten niemals länger als eine Minute. Wenn der Genosse am Ende

dieses Zeitraumes nicht kam, war oft ein mühsam aufrechterhaltener Kontakt unterbrochen“.

An illegale Tätigkeit, wie Jan Valtin (Richard Krebs) sie beschrieben hat, dürfte Bertolt Brecht gedacht haben, als er in seinem Gedicht „Lob der illegalen Arbeit“ Worte fand, die wie so manches auf diesem Gebiet Geleistete, einer besseren Sache wert gewesen wären.

*Schön ist es, das Wort zu ergreifen im Klassenkampf.
Laut und schallend aufzurufen zum Kampf der Massen.
Zu zerstampfen die Unterdrückten,
Zu befreien die Unterdrückten.
Schwer ist und nützlich die tägliche Kleinarbeit,
Zähes und heimliches Knüpfen
des Netzes der Partei vor den
Gewehrläufen der Unternehmer:
Reden, aber
Zu verbergen den Redner.
Siegen, aber
Zu verbergen den Sieger.
Sterben, aber
Zu verstecken den Tod.
Wer täte nicht viel für den Ruhm,
Aber wer
Tut's für das Schweigen?
Denn der Ruhm fragt umsonst
Nach den Tätern der großen Tat.
Tretet vor
Für einen Augenblick,
Unbekannte, verdeckten Gesichts, und empfängt
Unsern Dank!*

Es leuchtet ein, daß bei minutiöser Anwendung der von Jan Valtin beschriebenen Vorsichtsmaßregeln kaum Zeit für politische Tätigkeit blieb. In Deutschland hörte die Arbeit der KPD als Partei praktisch ab 1935 auf. Andere Ereignisse traten in den Vordergrund. Der Spanische Bürgerkrieg beanspruchte die Kräfte zahlreicher Emigranten. Der innerdeutsche politische Kampf verlor an Bedeutung. Der einzige kommunistische Funktionär, der der Aufgabe, ihn zu führen, vielleicht gewachsen gewesen wäre, Ernst Wollweber, sah sich der Unmöglichkeit gegenübergestellt, in Deutschland politische Arbeit zu leisten. Er begann, einen Sabotageapparat aufzubauen, der bald von sich reden machen sollte. Ein von ihm stammendes Manifest aus dieser Zeit sagt:

„Genossen, unser Rückzug hat ein Ende. Eine andere Offensive beginnt“.

Bei dieser neuen Offensive stützte sich Wollweber besonders auf Mitglieder der Internationale für Hafentarbeiter und Seeleute (IHS) und auf einige kleine kommunistische Gruppen in deutschen Küstenstädten. Bis 1940, also schon vor Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges, waren auf 16 deutschen, 3 italienischen und 2 japanischen Schiffen Sabotageakte verübt worden. Es waren also die Antikominternmächte, gegen die sich Wollwebers Arbeit richtete. Wollweber selbst wurde 1940 in Schweden festgenommen. Der Auslieferung an die Gestapo entging er nur dadurch, daß die Sowjetunion ihn als sowjetischen Staatsbürger bezeichnete, der wegen Unterschlagung gesucht wurde. Nach Verbüßung seiner Strafe wurde Wollweber aus Schweden in die Sowjetunion abgeschoben.

Eine Tätigkeit von Apparaten der KPD als Partei hat es in Deutschland während des 2. Weltkrieges nicht gegeben. Mit Ausbruch des Krieges gegen die Sowjetunion fanden sich allerdings Kommunisten, die meist zuvor in Konzentrationslagern gesessen hatten, wieder zusammen und begannen, vereinzelt Splittergruppen zu organisieren. In die Reihe derartiger Splittergruppen gehören die Kreise um Anton Saefkow in Berlin und um Bernhard Bästlein in Hamburg. Die Bästlein-Gruppe versuchte, sich in Anlehnung an die alten Formen nach dem 3er-System zu organisieren, wobei einem Mitglied der 3er-

Gruppe politische, einem Agitations- und dem dritten Organisationsaufgaben zufielen. Keine dieser Gruppen hat jedoch eine über das Lokale hinausgehende Bedeutung gewinnen können. Ihre Arbeit wurde alsbald von der Gestapo erkannt. Bästlein und Saefkow wurden im Jahre 1943 hingerichtet. Eine Verbindung dieser Gruppen untereinander bestand nicht. Lediglich die Hamburger Gruppe hatte Verbindung zu Fallschirmspringern bekommen, die von sowjetischen Nachrichtendiensten über deutschem Staatsgebiet abgesetzt worden waren. Diese Agenten hatten jedoch nicht die Aufgabe, kommunistische Parteiarbeit in Deutschland zu leisten. Sie haben lediglich versucht, die unterstützungsbereiten Kommunisten für ihre Zwecke auszunutzen. Ebenso wurden während des Krieges andere Kommunisten, die überlebt hatten und zur „Arbeit“ bereit waren, von den Nachrichtendiensten der Sowjetunion benutzt.

1949 bis 1956

Nach 1945 hatte sich die politische Situation völlig geändert. In der Sowjetzone kamen die Kommunisten an die Macht. Apparatsleute beherrschten wichtige staatliche Funktionen, wie z. B. Zaisser und Wollweber.

In Westdeutschland versuchte die KPD, der auf dem VII. Weltkongreß der Komintern ausgegebenen politischen Linie folgend, eine Massenbasis zu gewinnen und mit deren Hilfe zur Macht zu gelangen. Ihre Versuche stießen jedoch auf eine gegenüber 1933 völlig veränderte öffentliche Meinung. Damals hatte es 6 Millionen Wähler der KPD und 1 Million organisierte Kommunisten gegeben, die von der sowjetischen Praxis kaum etwas gewußt hatten. Jetzt dagegen war für Millionen Soldaten in der Sowjetunion Gelegenheit gewesen, die sozialen Verhältnisse im „Vaterland der Werktätigen“ kennenzulernen. Hunderttausende hatten die Rote Armee bei der Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten kennengelernt. Hunderttausende kannten die Zustände in der SBZ aus eigener Anschauung. Durch die Blockade von Berlin hatten sich die Kommunisten die entschiedene Aversion der gesamten öffentlichen Meinung zugezogen. So sank die Anhängerschaft der KPD immer mehr, bis sie schließlich bei der Bundestagswahl vom 6. 9. 1953 sämtliche vorher im Bundestag innegehabten Sitze verlor. Weitere Niederlagen in den Landtagswahlen folgten. Dennoch sollte die heute vom Weltkommunismus ausgehende Bedrohung der Bundesrepublik nicht unterschätzt werden. In der Situation, mit ihren Kräften ein Drittel Deutschlands zu beherrschen und vom Dreissesselberg bis zur Ostsee mit der Unterstützung einer Weltmacht hinter sich gegen den Westen wirken zu können, sind die Kommunisten noch nie gewesen. Das sollte bei der Einschätzung der Wahlergebnisse und des kommunistischen Einflusses in Westdeutschland nicht übersehen werden.

Die Notwendigkeit, einen konspirativen Apparat zu schaffen, hatte sich für die Kommunisten schon längst vor dem Verbot der KPD ergeben. Die Errichtung der Bundesrepublik als selbständiger Staat war für die KPD der Anlaß gewesen, im Gewand einer selbständigen Partei aufzutreten. Dennoch mußte die Verbindung zur SED, von der alle wichtigen Weisungen und fast sämtliche finanziellen Mittel kamen, gesichert werden. Diese Verbindung so durchzuführen und zu sichern, daß sie dem Auge der Öffentlichkeit und der Behörden verborgen blieb, übernahm der etwa 1949 ins Leben gerufene neue Apparat der KPD. Er hatte die Aufgabe, durch Kuriere den Postverkehr zwischen KPD und SED durchzuführen, monatlich erhebliche Geldmittel vom Zentralkomitee der SED zum PV der KPD zu überbringen, wichtige Funktionäre in beiden Richtungen über die Demarkationslinie zu schleusen, Propagandamaterial zu befördern und schließlich den persönlichen Schutz für solche Funktionäre zu übernehmen, die wie z. B. Max Reimann nach kommunistischer Ansicht im Bundesgebiet gefährdet waren. Zur Lösung dieser Aufgabe standen bei KPD und SED erfahrene Kräfte zur Verfügung. Als Leiter der Verkehrsabteilung des Zentralkomitees der SED organisierte Richard Stahlmann (Arthur Illner), der schon die Moskauer Militärschule besucht hatte, dann im Spanischen Bürgerkrieg und während des 2. Weltkrieges für die Sowjetunion in Skandinavien tätig gewesen war, diese Arbeit. Auf westdeutscher Seite war Adolf Baier, ein alter Gehilfe Ernst Wollwebers, leitend im Apparat tätig. Der Apparat konnte beim Überqueren der Demarkationslinie von und zur Sowjetzone auf die volle Unterstützung der sowjetzonalen Staats-

organe, insbesondere der sowjetzonalen Grenzpolizei, rechnen. Auf dem Gebiet der Bundesrepublik hatte er angesichts der weit weniger dichten Besetzung der Grenze mit Polizeikräften keine unüberwindlichen Schwierigkeiten vor sich. Er konnte seine Aufgaben im allgemeinen erfüllen.

Nachdem jetzt das Verbot der KPD ausgesprochen ist, wird die Apparatstätigkeit ungeheuer an Bedeutung gewinnen. Die KPD, die schon erklärt hat, ihren Kampf um Gewinnung einer Massenbasis fortsetzen zu wollen, wird ihre konspirativ arbeitenden Kräfte verstärken müssen. Die Mittel und Möglichkeiten dazu stehen ihr und ihrer mächtigen Partnerin, der SED, zur Verfügung. Die Aussichten, daß die Kommunisten ihr Ziel, eine Massenbasis zu gewinnen, erreichen werden, können, solange weite Kreise der Bevölkerung ihre heutige Einstellung beibehalten, nicht allzu hoch veranschlagt werden. Aber eine Frage entsteht: Werden die Kommunisten, wenn sie dereinst einsehen, daß ihre Bemühungen auf politischem Gebiet wenig aussichtsreich sind, nicht ihre Kräfte auf andere Arbeit konzentrieren? Schon einmal ist ein derartiger Entschluß (in Erscheinung getreten durch Wollwebers nach 1935 begonnene „neue Offensive“) gefaßt worden.

Das ist jedoch eine Frage, die nur im Rahmen der kommunistischen Weltpolitik entschieden werden dürfte. Diese Politik ist heute noch darauf eingestellt, durch Massenarbeit in vielen Ländern zur Diktatur des Proletariats zu kommen. Wenn in Moskau beschlossen werden sollte, in Deutschland von dieser Taktik der Massenarbeit abzugehen, dann könnte das schwerwiegende Auswirkungen auf die illegale Arbeit in der Bundesrepublik haben.

Anmerkung:

Flechtheim, Ossip K., Dr. jur., Dr. phil., Dipl. d. Inst. U. Hautes Études Intern., Prof. f. vergl. Parteien- u. Verfassungsl. d. H. f. Politik, geb. in Nikolajew 5. III. 09. Wiss. Hilfsarb. Inst. f. Sozialforsch. Columbia U. 39, Doz. Atlanta U. USA 40, Doz. u. P. Bates Coll. USA. 43, Colby Coll. USA. 47—52, GastP. Bowdoin Coll. 51, FU. Berlin 51—52, H. f. Pol. Berlin 52. Pol. Wissenschaft, Sozialphilos.

Schiller, Otto, Dr. phil. et rer. pol., o. Prof. f. Agrarpolitik u. Ernährungswirtschaft Landw. H. Hohenheim, geb. in Krotoschin 27. IX. 01. Lehrgebiet: Agrarpolitik u. Ernährungswirtschaft.

Der Aufsatz „Das Agrarproblem Asiens und der Kommunismus“ wurde mit freundlicher Genehmigung des Verlages der Zeitschrift „Osteuropa“, 5. Jahrgang, Heft 6, Dezember 1955, entnommen.

Nachforderungen der Beilagen „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind an die Bundeszentrale für Heimatdienst zu richten. — Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung „Das Parlament“ zum Preise von DM 1,19 monatlich bei Postzustellung einschl. Beilage sowie Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 4,50 pro Stück einschließlich Verpackung, zuzüglich Portokosten, nur an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

Roland Klaus: „Nicht gestern, Freund, morgen!“

Wolfgang Leonhard: „Die Parteischulung der SED
(1945—1956)“

Hans Rothfels: „Das Baltikum als Problem der
internationalen Politik“

Franz Schnabel: „Das humanistische Bildungsgut im
Wandel von Staat und Gesellschaft“

... „Urkunden zur Judenpolitik des
Dritten Reiches“
